

#ZukunftErkämpfen



**Wahlprogramm
für Oberhausen 2020**

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Zukunft erkämpfen für ein soziales, ökologisches und demokratisches Oberhausen	4	Oberhausen für alle Unabhängig von Pass oder Herkunft.....	41
Wer wir sind und was wir wollen.....	6	Mobilität Für eine sozial-ökologische Verkehrswende	43
Mitbestimmung und Transparenz in Oberhausen.....	8	Kunst und Kultur für uns Bürger*innen	46
Kommunalfinanzen: Für eine sichere finanzielle Ausstattung!.....	13	Selbstbestimmung und Teilhabe für eine inklusive Gesellschaft	48
Bildung erfordert Chancengleichheit und Teilhabe!.....	16	Sport ist Lebensqualität.....	52
Klimagerechtigkeit und Naturschutz vor Ort erkämpfen.....	22	Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit	55
Jugend braucht Zukunft.....	26	Eine digitale Stadt für alle.....	57
Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen	28	Frieden beginnt vor unserer Tür.....	60
Sozial gerecht für alle.....	32	Solidarisch aus der Corona-Krise Menschen vor Profite	62
Gesundheit ist keine Ware	36	#ZukunftErkämpfen Eine Stadt für alle!.....	65
Konsequent gegen Rechts: Erinnern & handeln!	39		

Zukunft erkämpfen für ein soziales, ökologisches und demokratisches Oberhausen

Liebe Oberhausener*innen,

Globale Krisen haben Auswirkungen bis vor die eigene Haustür: Klimawandel, Kriege, Flucht, Rassismus, Rechtsterrorismus, wachsender Reichtum auf der einen, wachsende Armut auf der anderen Seite. Das macht manche wütend, andere verunsichert und viele ratlos. Unsere Antwort zur herrschenden Politik lautet: Eine solidarische Gesellschaft, gegründet auf Freiheit und Gleichheit, ohne Ausbeutung von Mensch und Natur ist möglich.

Zukunft erkämpfen: Gemeinsam für Oberhausen

Diese Revolution der sozialen Gerechtigkeit und der Achtung der Lebensgrundlagen muss aber erst erkämpft werden gegen die geballte Macht von Großkonzernen und deren Parteien. Wir wollen gemeinsam mit Initiativen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in und außerhalb von Parlamenten um diese Zukunft kämpfen. In unserer Stadt unterstützen wir mit diesem Motiv alle, die eine Politik für die Mehrheit der Oberhausener*innen erreichen wollen.

Zukunft erkämpfen: Sozial. Ökologisch. Demokratisch.

DIE LINKE.LISTE setzt sich für eine Stadt ein, in der niemand in Armut leben muss. Dabei geht es um eine inklusive Gesellschaft. Darum, dass jeder Mensch,

ob arm, reich, ob geflüchtet oder hier geboren, ob mit oder ohne Handicap, ob jung oder alt, in unserer Gesellschaft vom Anfang bis zum Ende ein gutes und wertvolles Leben führen kann. Niemand darf vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Allen Menschen muss eine angemessene und bezahlbare Wohnung zur Verfügung stehen, denn Wohnen ist Menschenrecht! Oberhausen hat viele Schätze, wie den Sterkrader Wald, den wir nicht für den Ausbau der A3 opfern wollen. Eine intakte Umwelt in der Stadt ist für uns Voraussetzung für ein gutes Leben. Wir wollen saubere Luft und einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr zum Nulltarif, so dass niemand mehr auf ein eigenes Auto angewiesen ist. Wir wollen eine Wirtschaft mit mehr Mitbestimmung der Beschäftigten ohne Raubbau an den arbeitenden Menschen und den natürlichen Lebensgrundlagen.

Zukunft erkämpfen: Für mehr Bildung, bessere Löhne und Gesundheitsversorgung

Wir wollen mehr und gebührenfreie Plätze in Kindertagesstätten (KiTas) sowie ganztägige und kostenfreie Betreuung unserer Kinder an den Schulen. Die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Arbeit von Erzieher*innen wollen wir aufwerten, ebenso wie die aller Pflegekräfte. Gesundheit ist keine Ware!

Für eine gute Gesundheitsversorgung brauchen unsere Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen. Die Übernahme unserer Krankenhäuser durch Private – wie beim KKO durch Ameos geschehen – lehnen wir kategorisch ab. Von der Arbeit muss man leben können! Deshalb setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen und Löhne ein. Die Stadt Oberhausen muss dabei als Arbeitgeberin Vorbild sein. Mit uns gibt es keine Privatisierung städtischer Betriebe oder kommunaler Grundstücke. Öffentlich ist wesentlich!

Zukunft erkämpfen: Umverteilen zu Gunsten der Kommunen

Massive Investitionen in den kommunalen Wohnungsbau, Fahrpreissenkungen bei der STOAG, kostenlose KiTa und mehr Personal: Wir lassen uns nicht erzählen, dass das Geld dafür nicht da ist. Umverteilen ist das Gebot gegen die systema-

tische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden. Durch die Einführung einer Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerdiebstahl kämen Milliarden in die öffentlichen Kassen.

Zukunft erkämpfen: Die Stadt gehört uns allen!

Recht auf Wohnen, Recht auf Mobilität, auf Gesundheit und Bildung! Das Selbstverständliche muss selbstverständlich werden. Die Stadt gehört uns allen! Dabei treten wir Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie der Benachteiligung aller Menschen entgegen und setzen uns für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung ein. Wir stehen an der Seite der Menschen. Wir unterstützen alle, die sich wehren, und auch die, die es nicht mehr können. Wir wollen unser aller Lebensbedingungen gemeinsam verbessern.

Für uns gilt: Wählt DIE LINKE, mischt euch ein, macht mit!

**SOZIAL.
GERECHT.
FRIEDEN.
FÜR ALLE.**

DIE LINKE.

Wer wir sind und was wir wollen

DIE LINKE.LISTE ist ein Zusammenschluss von Linken aus Oberhausen, in dem sich Mitglieder der Partei DIE LINKE und parteiungebundene Linke gemeinsam für ein soziales, ökologisches und friedliches Oberhausen einsetzen.

Wir beschränken uns nicht auf das Parlament

Wir wollen Politik nicht stellvertretend für andere Menschen entwickeln, sondern gemeinsam mit ihnen. Deshalb suchen wir die Zusammenarbeit mit allen Gruppen und Initiativen, die sich für eine soziale und solidarische Welt einsetzen. Unser Schwerpunkt liegt in der Unterstützung außerparlamentarischer Bewegung und der Unterstützung von Bürger*innen-initiativen, lokalen Gruppen und Vereinen, die sich für Frieden, internationale Solidarität, Antifaschismus und gegen die Macht des Kapitals einsetzen. Deshalb nutzen unsere Mandatsträger*innen ihre Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder, um emanzipatorische Bewegungen auf lokaler und überregionaler Ebene zu stärken. Wir wollen uns nicht bereichern und fördern keine persönlichen Karrieren.

Für eine starke Opposition

Die Mehrheitsverhältnisse sind in Oberhausen nicht mehr eindeutig. Jahrzehnte lang konnte die Oberhausener SPD allein und zuletzt mit Unterstützung der

GRÜNEN und der FDP das politische Geschehen bestimmen. 2015 verlor ihre Koalition mit der Oberbürgermeisterwahl genau die eine Stimme Mehrheit, die sie benötigte um an den anderen Ratsvertreter*innen vorbei zu regieren.

DIE LINKE.LISTE ist und bleibt in dieser Situation die oppositionelle Kraft gegen diejenigen, die in Oberhausen eine reaktionäre und neoliberale Politik betreiben. Gleichzeitig ergreifen wir Initiative, um die Lebenslage der Menschen zu verbessern. Wir unterstützen nicht nur berechtigte Proteste, sondern unterbreiten konkrete Vorschläge und werben für ihre Umsetzung. Das ist auch mit wechselnden Mehrheiten möglich. In diesem Sinne geben wir keine Koalitionsaussage ab und treten zur Kommunalwahl an, um unseren Widerstand gegen den Ausverkauf unserer Stadt, der Vernichtung von Grünflächen und Sozialabbau fortzusetzen.

Rat als Bühne nutzen

Oft wird behauptet: „Das geht so nicht“. Schlagworte wie „Wir haben kein Geld“ oder es gehe um den „Standort Oberhausen und den Konzern Stadt“ sind Totschlagargumente, mit denen fortschrittliche Ideen im Keim erstickt werden. Wir sind hingegen diejenigen, die in die Diskussion einbringen, dass Reiche immer reicher werden, dass Geld genug da ist, aber nicht dort verteilt ist, wo es sozial gerecht verteilt werden

müsste. Wir wollen von Rekommunalisierung statt Privatisierung reden. Unsere Gesellschaft braucht starke Linke, die in öffentlichen Diskussionen sagen: „Eine andere Welt ist möglich“.

Das vorliegende Papier haben wir gemeinsam als Grundlage für unsere Arbeit erstellt. Es legt unsere Positionen zu unseren kommunalpolitischen Kernthemen offen.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind diesem Leitfaden verpflichtet.



Mitbestimmung und Transparenz in Oberhausen

Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Kommunen sind die Ebene, auf der die Menschen ihre Geschicke unmittelbar selbst in die Hand nehmen können. DIE LINKE.LISTE will erreichen, dass alle Bürgerinnen und Bürger bei den Entscheidungen unserer Stadt mitbestimmen können, die sie betreffen. Ein Großteil der öffentlichen Dienstleistungen wird in der Kommune erbracht. Die Bürger*innen sind damit direkt und unmittelbar von der dort praktizierten Politik betroffen und diese Leistungen sind in hohem Maße von Politikerinnen und Politikern der kommunalen Ebene beeinflussbar. Die Politik in der Kommune

bietet die größten Potentiale für zivilgesellschaftliches Engagement, Mitbestimmung und aktives Mitgestalten. Wir wollen, dass die politischen Entscheidungen vor Ort gemeinsam mit den Einwohner*innen diskutiert und gefällt werden. Mehr Demokratie, Partizipation und Transparenz müssen umgesetzt werden.

Ein Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten für Oberhausens Einwohner*innen ist ohne öffentliches Eigentum, direkte Demokratie, Mitwirkungsmöglichkeiten und Transparenz vor Ort allerdings undenkbar. Damit Demokratie keine



leere Hülle wird, braucht die Stadt Oberhausen hinreichend finanzielle Mittel und Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale Prozesse.

Auch deshalb werden wir uns unter keinen Umständen an einer Politik der Privatisierung beteiligen und fordern eine Stärkung öffentlichen Eigentums. Deshalb gilt es im Interesse des Gemeinwohls, das öffentliche Eigentum zu erhalten und keine weitere Privatisierung kommunaler Leistungen zuzulassen. DIE LINKE.LISTE geht von dem Grundsatz aus, dass bürgerschaftliches Engagement eine Bereicherung in der Kommunalpolitik darstellt. Daher steht unsere Kommunalpolitik für die ideelle, praktische und finanzielle Unterstützung von Initiativen, Verbänden und anderen Träger*innen bürgerschaftlichen Engagements. Unser Ziel ist die deutliche Senkung von Quoren bei Bürger*innenbeteiligungen auf allen politischen Entscheidungsebenen. Die bestehenden bürokratischen Hürden wirken abschreckend, wie z.B. die hohe Zahl der benötigten Unterschriften innerhalb eines geringen Zeitraumes. Das wollen wir ändern. Bürger*innenentscheide sind ein gutes Mittel, um den Willen der Bevölkerung unserer Stadt bei wichtigen Entscheidungen durchzusetzen. Die Kommunalverwaltung muss demokratische Bürger*innenanträge und Bürger*innenbegehren unterstützen, anstatt wie bisher eine Verhinderungspolitik zu betreiben. Bürgerbegehren gegen das Bäderkonzept, welches die Schließung von Frei- und Hallenbädern zur Folge hatte, oder für den Erhalt des „Haus der Jugend“, wurden von der Ratsmehrheit verhindert. Wir fordern daher

Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide als Mittel demokratischer Partizipation und Kontrolle auszubauen.

Schaffung eines „transparenten Rathaus“

Zu dem Fundament einer breiten Bürgerbeteiligung gehört ein „transparentes Rathaus“, also die Schaffung einer transparenten Informationspolitik. Wir treten ein für die Transparenz und Offenheit der Politik in Oberhausen. Dies ist Grundvoraussetzung für die effektive Wahrnehmung demokratischer Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte. Die Bürger*innen können nur an Entscheidungsprozessen teilnehmen und diese mitgestalten, wenn sie über die nötigen Sachinformationen verfügen und Entscheidungsstrukturen transparent im Rat, den Bezirksvertretungen und Verwaltung informiert sind. Die Politik muss vorhandene Handlungsspielräume nutzen, um die Bürger*innen so früh wie möglich an Entscheidungen zu beteiligen.

Laut der Gemeindefassung sind grundsätzlich alle Tagesordnungspunkte im Rat öffentlich zu behandeln. Firmen- und personenbezogene Daten werden dazu genutzt, um öffentliche Belange in nicht-öffentlichen Sitzungsteilen zu behandeln. Wir gehen mit gutem Beispiel voran: Unsere Fraktionssitzungen werden grundsätzlich beteiligungs offen gestaltet und wir freuen uns über Gäste.

Zukünftig müssen zudem die Möglichkeiten des Internets konsequent genutzt werden, z.B. durch das „Livestreaming“ von Ratssitzungen und wichtigen Aus-

schusssitzungen. Ein von uns eingebrachter Antrag, der dies ermöglichen sollte, wurde unter dem Vorwand der Finanzlage der Stadt nicht umgesetzt. Demokratie kostet Geld, wer die Rechte und Beteiligung der Bürger*innen stärken will, muss dies auch finanzieren! Bürgerbeteiligung muss als kommunale Pflichtaufgabe wahrgenommen werden.

Für einen demokratischen Bürger*Innenhaushalt

Politische Mitgestaltung, Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Durchsetzung von Interessen gelingen leichter in Gemeinschaft mit anderen. Vereint gelingt es leichter, die „heißen Eisen“ anzupacken und gegenüber den Verantwortlichen in der Stadt auf Lösungen zu dringen. Damit sich Menschen zusammentun können, brauchen sie Gelegenheiten und Orte, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Geschäfte, Bürger*innentreffs, Stadtteilbibliotheken oder Jugendzentren bieten dazu die Gelegenheit. DIE LINKE.LISTE hat deshalb den Protest gegen die Angebotskürzungen der Stadtteilbibliotheken in Schmachtdorf und Osterfeld unter-

stützt und fordert ihre Wiederherstellung und Ausweitung an Öffnungszeiten. Dazu müssen kostengünstige Versammlungsräume zur Verfügung stehen. Außerdem müssen Plätze und Infrastruktur in den Stadtteilen so gestaltet werden, dass sie Gelegenheit bieten, mit den Nachbar*innen zusammenzukommen. Unterschiedliche Gruppen in der Einwohnerschaft haben unterschiedliche Bedürfnisse. Politische Strukturen wie Foren oder Räte, über die Kinder und Jugendliche, Senior*innen oder Migrant*innen als Gruppe in der Stadt mitreden können, müssen geschaffen, gefördert, ausgebaut werden. DIE LINKE.LISTE will eine umfassende demokratische Beteiligung der Einwohnerschaft bereits bei der Aufstellung des Haushaltes der Stadt. Der Bürger*Innenhaushalt ist ein wichtiges Element direkter und partizipatorischer Demokratie, weil Bürger*innen an der Erarbeitung, Entscheidung und Kontrolle zum Haushalt für ihre Stadt beteiligt werden. In immer mehr Kommunen wird auf Initiative der Partei DIE LINKE die Beteiligung von Einwohner*innen an der Diskussion des Haushaltes für ihre Kommune gefordert, angewandt oder vorbereitet. Er wird ge-

**Bequem und
von daheim:**

**Briefwahl!
Einfach. Schnell.
Erledigt!**
DIE LINKE.



meinsam mit den sich beteiligenden Menschen gestaltet. Sie sollen die Richtungen der Haushaltspolitik sowohl auf der Ausgaben-, als auch auf der Einnahmeseite unmittelbar mitbestimmen. Nicht nur die Verteilung, sondern auch die Aufbringung der Mittel soll schrittweise demokratischer Einflussnahme unterworfen werden.

Demokratische Mitbestimmung auch ohne deutschen Pass

Migrant*innen sind von kommunalpolitischen Entscheidungen genauso betroffen wie deutsche Staatsangehörige. Von den kommunalen Entscheidungsprozessen und Wahlen sind sie allerdings weitgehend ausgeschlossen. Deshalb müssen alle Bürger*innen ungeachtet ihrer Nationalität auf kommunaler Ebene das Wahlrecht erhalten. In unserer Stadt leben

knapp 31.000 Menschen ohne deutschen Pass, das sind über 15 Prozent. Ihre umfassende Einbeziehung in das soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben muss erreicht werden. Die Beteiligung von unter 11 Prozent bei der Wahl des Integrationsrates im Mai 2014 zeigt, dass das Konzept, die nicht wahlberechtigten Gemeindeangehörigen mit einem einflusslosen und von der Öffentlichkeit wenig beachteten Gremium abzuspeisen, gescheitert ist. Wir stellen fest, dass die Migrant*innen sich nicht mit einem Ersatz für echte Mitbestimmung in unserem Gemeinwesen zufrieden geben. Für DIE LINKE.LISTE ist es ein zentrales Anliegen, dass alle dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen in die kommunalen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Wir wollen, dass ihnen das kommunale Wahlrecht gewährt wird.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- stärkere finanzielle Unterstützung von Initiativen, Verbänden, Vereinen und anderen Vertreter*innen bürgerschaftlichen Engagements
- Erleichterung von Bürger*innenentscheiden
- frühzeitige Information und Einbeziehung der Einwohner*innen in die betreffende Entscheidungsprozesse
- Bürger*innenversammlungen zu wichtigen kommunalen Problemen
- die Öffentlichkeit aller Sitzungen, Reduzierung von nicht-öffentlichen Teilen
- Rederecht für betroffene Interessengruppen in den Sitzungen des Rates, den Bezirksvertretungen und den Ausschüssen
- Bürger*innenbeiräte bei den kommunalen Unternehmen, die das Recht haben, Mitglieder in Aufsichtsräte zu entsenden
- bessere Informationen für alle Einwohner*innen über ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten und Rechte in Bezug auf kommunalpolitische Entscheidungen
- Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit von Publikationen und Vorlagen von Verwaltung und Politik, auch in „einfacher Sprache“
- Stärkung der Rechte der Bezirksvertretungen: Sie müssen über einen Haushalt verfügen, der ihre Handlungsfähigkeit für die Stadtteile sicherstellt
- Ausstellung der Modelle vor größeren Planungsentscheidungen
- Live-Übertragung der Rats- und Ausschusssitzungen über das Internet
- einen Bürger*innenhaushalt, damit alle über steuerbare Ausgaben des Haushalts entscheiden können
- Demokratisierung des Kommunalwahlrechts: Die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für Migrant*innen aus nicht EU-Staaten

Kommunalfinanzen: Für eine sichere finanzielle Ausstattung!

Die Kommunen sind für viele politische Entscheidungen zuständig, die unser Leben ganz direkt betreffen und die oftmals Geld kosten. Ob der Bau einer neuen Kita, die Sanierung der Schule, der Zustand des örtlichen Krankenhauses, der Betrieb von Parks und Sportplätzen oder ein pünktlicher Bus: Eine lebenswerte Stadt und ein gutes Leben für alle müssen auch finanziert werden. Gleichzeitig sind besonders in Nordrhein-Westfalen Städte und Gemeinden systematisch unterfinanziert. Oberhausen stellt da keine Ausnahme da: Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 8800 Euro nimmt die Stadt eine „Spitzenposition“ im bundesweiten Vergleich ein. Nach jahrzehntelanger neoliberaler Politik ist Oberhausen in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung und sinkender Attraktivität gefangen. Das Ergebnis: Vor Ort wird der Mangel verwaltet, die kommunale Infrastruktur wird auf Verschleiß gefahren, Schwimmbäder, Bibliotheken oder Sportstätten wurden in der Vergangenheit geschlossen oder in ihrer Nutzung deutlich teurer. Hinzu kamen Streichungen beim Theater, Jugend- und anderen sozialen Einrichtungen. Oberhausen verarmt kulturell und sozial immer mehr. So gibt es inzwischen einen dramatischen Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur, der sich unter anderem an der dringend notwendigen Sanierung von Schulgebäuden oder dem seit langer Zeit geforderten Ausbau eines attraktiven Radwegenetzes widerspiegelt. Vermeintlich einfache Lösungen wie Strei-

chungen, Kürzungen und ein Aufschieben von dringend benötigten Investitionen gehen aber am Kern des Problems vorbei. Der zentrale Grund für die schlechte Finanzsituation unserer Städte ist die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene. Den Superreichen, ihren Banken und Konzernen sind Steuergeschenke von rund 70 Milliarden Euro gemacht worden – pro Jahr. Gleichzeitig wird aber von den Regierungsparteien in Bund und Land ignoriert, dass die kommunalen Finanzmittel insgesamt unzureichend sind.

Für eine gerechte Steuerpolitik zu Gunsten der Kommunen

Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden hilft Steuergerechtigkeit. DIE LINKE hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das arme Haushalte sowie die Mittelschicht entlastet und das Geld von den extrem Reichen holt. Durch die Einführung einer Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen Kampf gegen Steuerdiebstahl können bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro mehr eingenommen werden. Teil unseres Steuerkonzeptes ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer. Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune würden erfasst und direkt besteuert – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen.

Diese Steuer brächte den Kommunen 25 Milliarden Euro im Jahr ein. Wenn es gerechter zugeht, ist in einem der reichsten Länder der Welt selbstverständlich genug Geld für unsere Kommunen da. Deswegen beteiligt sich DIE LINKE auch nicht an Sparhaushalten, die durch angebliche Sachzwänge diktiert werden. Auch durch den sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ hat Oberhausen keine neuen Handlungsspielräume bekommen, im Gegenteil: Eine neue Kürzungswelle rauschte über viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hinweg. Durch derartige Anstrengungen der Kommunen wird nur der Druck auf Land und Bund verringert, zu einer durchgreifenden Reform der Kommunalfinanzen zu kommen.

Weg mit den Altschulden

Oberhausen belastet vor allem die enorme Verschuldung in Höhe von 1,6 Milliarden Euro. Alleine die Zinsen auf den Schuldenberg fressen jeden Haushaltsüberschuss auf. DIE LINKE fordert deshalb einen Altschuldenfonds. Gemeint ist ein gemeinsamer Finanztopf von Bund, Land und Kommunen. Dieser Fonds soll die Schulden aus den Liquiditätskrediten der Kommunen übernehmen. Die betroffenen Kommunen wären dann in der Lage, Haushaltsüberschüsse für notwendige Investitionen und wichtige Aufgaben bei Bildung, Verkehr, Sport und Kultur zu nutzen, statt sie im Haushaltsloch zur Schuldentilgung zu versenken.

Daseinsvorsorge für alle

Die städtischen Betriebe sind nicht nur



einer der wichtigsten Arbeitgeber in Oberhausen, sondern als Grundversorger auch zentral für die Lebensqualität und Deckung der Grundbedürfnisse aller in der Stadt. Die öffentliche Grundversorgung darf sich nicht an der Logik der Profitorientierung mit unvorhersehbaren Folgekosten für Mensch und Natur ausrichten, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Oberhausener*innen orientieren. Ein guter Öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens.

Statt weiter zu kürzen, wollen wir die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen. Privatisierungen der Vergangenheit sind rückgängig zu machen. DIE LINKE.LISTE setzt sich daher für die Rekommunalisierung der WBO und EVO ein. Gut funktionierende öffentliche Betriebe wie kommunale Stadtwerke, Wirtschaftsbetriebe und Wohnungsbaugesellschaften leisten einerseits einen finanziellen Beitrag für die städtischen Haushalte. Andererseits

sind sie geeignet, politische Forderungen vor Ort umzusetzen, beispielsweise das Recht auf bezahlbaren Wohnraum. Grundlegende Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Bau von Straßen sind durch allgemeine Steuern zu finanzieren. Straßenbaubeiträge, die von den Anliegern bezahlt werden müssen, lehnen wir ab. Es ist niemandem zu vermitteln, warum jemand, dem ein kleines Häuschen an einer vielbefahrenen Straße

gehört, alle paar Jahre für die Instandsetzung einer Straße zur Kasse gebeten wird. Grund und Boden ist ein nicht vermehrbares Gut und gehört in öffentliche Hand. Ohne eine konsequente kommunale Bodenpolitik ist auch keine nachhaltige Planungspolitik zu gewährleisten. Daher werden wir auch weiterhin konsequent den Verkauf von kommunalen Grundstücken an Private ablehnen und wollen stattdessen die Vorteile der Erbbaupacht nutzen.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- eine solide Finanzausstattung der Kommunen durch Land und Bund
- die Entwicklung der Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindewirtschaftssteuer
- einen vom Bund und Land finanzierten Altschuldenfonds
- die Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wenn Bundes- oder Landesebene Aufgaben an die Kommunen übertragen, müssen sie auch für die Finanzierung sorgen
- keine Privatisierung von öffentlichen Betrieben oder Betriebsteilen, Einrichtungen und Aufgaben
- keine Fremdvergabe von Leistungen durch kommunale Betriebe zum Zweck der Lohnsenkung
- keine öffentlich-privaten Partnerschaften („Public Private Partnerships“), da diese zu Erzielung von Gewinnen und Privatisierung und damit zu höherer Belastung der Einwohner*innen durch Gebühren führen
- Rückführung für die Grundversorgung wichtiger kommunaler Unternehmen (z.B. WBO und EVO) in die öffentliche Hand („Rekommunalisierung“)
- Aussetzung der Straßenbaubeiträge bis zur Abschaffung auf Landesebene
- Stärkung des Erbbaurechts statt Verkauf öffentlicher Grundstücke

Bildung erfordert Chancengleichheit und Teilhabe!

Noch immer hat Nordrhein-Westfalen ein Bildungssystem, das aus dem vorletzten Jahrhundert stammt. Kinder werden nach Beenden ihrer Grundschulzeit ausgesiebt und auf die Schulformen Gymnasium, Gesamtschule, Realschule und Hauptschule verteilt. Damit unterscheiden sich ihre Bildungschancen erheblich und das im Alter von zehn Jahren. Zwar gibt es in Oberhausen keine Hauptschulen mehr. Dies führt allerdings dazu, dass die Realschulen und vor allem die Gesamtschulen diese Lücke füllen müssen, was ihrer Aufgabe und ihrem Konzept widerspricht. Untersuchungen zeigen, dass immer noch Kinder aus gut situierten Familien Chancen auf bessere Bildung haben als andere Kinder. Daher unterstützt DIE LINKE.LISTE die Forderung „Eine Schule für alle“.



Wir wollen ein integratives, inklusives Schulsystem, das allen Schüler*innen gleiche Entwicklungschancen bietet. Ein gutes Bildungswesen fördert alle Menschen individuell und steht allen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft offen.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- eine Schule für ALLE! Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit längerem gemeinsamem Lernen vom Grundschulalter bis zum Abschluss
- alle haben ein Recht auf Chancengleichheit
- einen Schulentwicklungsplan, der sich nicht ausschließlich an der Schüler*innenzahlentwicklung orientiert, sondern die Bildungslandschaft in Oberhausen als Ganzes entwickelt
- die Anpassung der Höhe der Kopfbeträge für Lehr- und Lernmittel mit zukünftiger dynamischer Erhöhung
- den Ausbau der Schulsozialarbeit für ganz Oberhausen an allen Schulen, mindestens auf das Niveau der bis Ende 2013 aus BUT-Mitteln beschäftigten Schulsozialarbeiter*innen

Kita-Gebühren abschaffen!

Gute Kita-Plätze für alle Kinder! Rechtsanspruch einlösen!

Gute Bildung beginnt im frühen Kindesalter. Kinder sollen zu gebildeten, selbstbewussten, emanzipierten und demokratischen Menschen erzogen werden. Diesem Anspruch stehen nicht nur Personalmangel und beengte Raummöglichkeiten gegenüber. Denn viele Kinder in Oberhausen bekommen keinen Platz in der Kindertagesstätte (Kita).

Dabei ist die Gesetzeslage eindeutig: Für jedes noch nicht schulpflichtige Kind, das älter als ein Jahr ist, besteht Anspruch auf einen Platz in einer Kita. Eltern sind darauf angewiesen, ihre Kinder tagsüber in einer Kita betreuen zu lassen, um ihrem Beruf nachgehen zu können. Zudem sind Kitas auch Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, deren Ziel es ist, jedes Kind individuell zu fördern.

DIE LINKE.LISTE hat dieses Recht für alle Kinder stets eingefordert. Entgegen den

Behauptungen der Verwaltung der Stadt Oberhausen hat sie aufgezeigt, dass für einen hohen Anteil der Kinder kein Kita-Platz zur Verfügung steht. Inzwischen, so das offizielle Eingeständnis, gibt es für rund 1000 angemeldete Kinder keinen Platz in einer Kita. Hinzu kommt, dass durch rechtswidrige, dauerhafte Anhebung der Gruppengrößen einige hundert Kinder in zu großen Gruppen untergebracht sind. Die Kapazitätsdefizite drohen sich in Zukunft noch zu verschärfen.

Die für die Kommune weit günstigere Tagespflege wurde stark ausgebaut. Das sehen wir kritisch. Frühkindliche Bildung ist eine öffentliche Aufgabe, der die Stadt aus unserer Sicht selbst nachkommen muss. Zudem sind die Ausbildungs-, Qualifikations- und Rahmenmindeststandards für die Tagespflege viel niedriger. Tagespflege ist daher für uns allenfalls als Übergangslösung vertretbar. Für die Tagesmütter und -väter selbst ist sie häufig eine unterbezahlte Beschäftigung, mit der sich kaum eine Zukunft planen lässt.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- ein gebührenfreies, inklusives und qualitativ hochwertiges Ganztagsbetreuungsangebot für alle Kinder von Anfang an und ohne soziale Auslese
- die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für unter Dreijährige in wohnortnahen und gut ausgestatteten Kindertagesstätten
- neue Plätze sind vorrangig in Kitas zu schaffen
- den Erhalt und Ausbau eines engmaschigen und bedarfsgerechten Netzes an Kindertagesstätten, keine weiter steigende finanzielle Belastung der Eltern
- eine moderne, zukunftsorientierte Ausstattung aller Kitas
- ein kostenloses und hochwertiges Mittagessen für alle Kinder
- Kindertagesbetreuung in öffentlicher, nicht in privater und gewinnorientierter Hand
- kleinere Gruppen mit mehr und gut ausgebildetem Personal. Werden Dienstleistungen ausgebaut, ist auch das Fachpersonal aufzustocken
- Arbeitsbedingungen, die Erzieher*innen ein stressfreies Arbeiten ermöglichen
- keine flexiblen, sondern familienfreundliche Öffnungszeiten im Sinne der Kita-Beschäftigten
- eine verbesserte Bezahlung, die den hohen Anforderungen an die Beschäftigten in Kitas Rechnung trägt
- Tageseltern müssen ebenfalls existenzsicher entlohnt werden
- Aus- und Weiterbildungsangebote für alle Kita-Beschäftigten in Tagesseminaren mit einer thematischen Bandbreite von inklusionsbedingten Anforderungen bis hin zu interkultureller und gendersensibler Kompetenz
- die Qualifikation von Tagespflegeeltern ist auf Fachkraftniveau anzuheben, auch das erfordert Weiterbildungsangebote

Eine Schule für alle Gut finanziert!

**Einen guten Start
ins Schulleben für alle**

Wir wollen keine Schulen, in denen deutsche Kinder unter sich bleiben oder Schulen in sozial benachteiligten Stadtvierteln, die von Mittel- und Oberschichtseltern gemieden werden. Alle Kinder eines Viertels sollen gemeinsam in der am nächsten gelegenen Schule lernen.

Die offene Ganztagschule (OGS) bleibt weit hinter der Qualität einer gebundenen zurück, weil keine Verzahnung der Nachmittagsangebote mit dem Unterricht stattfinden kann. Dazu ist sie chronisch unterfinanziert. Das führt dazu, dass die im schulischen Ganztagsbetrieb eingesetzten Betreuungspersonen vielfach nicht über die erforderliche Qualifikation verfügen und völlig unzureichend entlohnt werden. Das führt zu großer Fluktuation. Die räumliche und materielle Ausstattung der Ganztagsgrundschulen bleibt fast überall hinter den Erfordernissen zurück.

*„Bildung ist die mächtigste
Waffe, die du verwenden kannst,
um die Welt zu verändern.“
Nelson Mandela*

**Deshalb fordert
DIE LINKE.LISTE:**

- die Wiedereinführung der Grundschulbezirke
- die Überführung der OGS in eine gebundene Ganztagschule mit dem entsprechenden pädagogischen Standard
- einen kostenfreien Ganztag
- Verbesserung der Qualität der OGS durch bessere Bezahlung der Beschäftigten, mehr Personal für Vertretungsregelungen und Ausstattung mit modernen zukunftsorientierten Sachmitteln.
- Bezahlte Vorbereitungszeit für das Personal in der OGS
- die vertragliche Sicherstellung des Qualifikationsniveaus des eingesetzten Personals und entsprechende Bezahlung durch die Träger, die einer entsprechenden Fachaufsicht unterworfen ist

„Eine Schule für alle“ Vorrang für die Gesamtschule

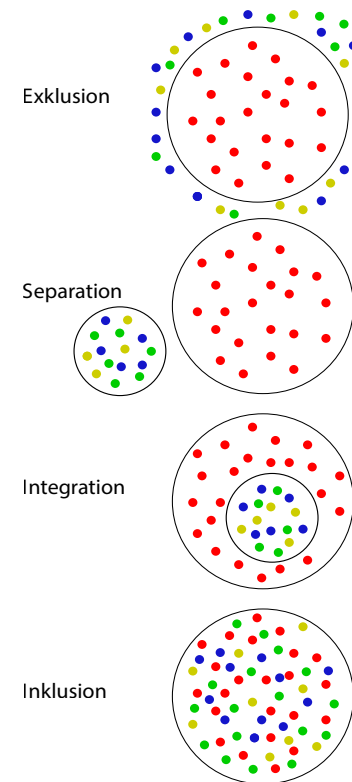
Die Gesamtschule kommt unserer Forderung des längeren gemeinsamen Lernens von ihrer Konzeption her am nächsten. Deshalb setzt sich DIE LINKE.LISTE für einen Ausbau der Gesamtschulkapazitäten in Oberhausen ein.

Während die Schulentwicklungspläne der letzten zehn Jahre zu Schulschließungen

geführt haben, kommen die geburtenstarken Jahrgänge nun in die Schulen. Bereits vor drei Jahren hat die Bezirksregierung daher der Stadt Oberhausen empfohlen eine weitere integrative Schule zu gründen. Bisher ist noch nichts passiert. Die Stadt sträubt sich vor allem aus finanziellen Gründen, eine Schule zu eröffnen. DIE LINKE.LISTE hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass es bereits ab dem Schuljahr 2020/2021 zu Engpässen und viel zu großen Klassen kommen wird.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- den sofortigen Beschluss eine weitere Gesamtschule für Oberhausen zu gründen. Im Schulentwicklungsplan ist bereits festgelegt, die Gesamtschule Osterfeld um zwei Züge zu reduzieren. Eine zusätzliche Schule mit vier Zügen bedeutet ein Zugewinn von dringend benötigten Klassen
- Die Gesamtschule darf nicht Lückenbüßer für das Fehlen der Hauptschulen sein. Das Konzept der Gesamtschule leidet ohnehin unter dem Konkurrenzkampf mit den anderen weiterführenden Schulen. Sie darf nicht das Abstellgleis für Schulformwechsler*innen sein!
- dass die Stadtverwaltung nicht mehr mit den höchst zulässigen Klassengrößen plant
- einen Platz für jedes Kind, dass einen Platz auf einer Gesamtschule will, und das gebührenfrei
- Erweiterungs- und Neubauten für gebundene Ganztagschulen sind zügig zu planen und zu erstellen
- ein kostenfreies, qualitativ hochwertiges Mittagessen für alle Schüler*innen
- Schulsozialarbeit muss unbefristet an jeder Schule etabliert werden
- eine moderne, zukunftsorientierte Ausstattung der Schulen (Medien, Sporthallen, Lehrschwimmbecken, etc.)



Inklusion

Zum Konzept „Länger gemeinsam Lernen“ gehört für DIE LINKE.LISTE selbstverständlich die Inklusion. Inklusion ist für uns weit mehr als Barrierefreiheit in Kitas, Schulen und öffentlichen Gebäuden. Dass die Gymnasien nicht länger zur Inklusion verpflichtet sind, halten wir für den falschen Weg. Inklusion ist ein Menschenrecht und eine gesellschaftliche Vision hin zu einer solidarischen, toleranten und diskriminierungsfreien Gesellschaft. Das kann nur mit allen und ohne Ausnahmen gelingen. Es ist richtig, dass in den Schulen die Voraussetzungen dafür

fehlen. Deshalb ist es unser Ansatz, dass die Schulen die pädagogischen, räumlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen bekommen müssen, damit alle von einer gelungenen Inklusion profitieren.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- Qualifizierung des Personals und weitreichender Ausbau der Schulsozialarbeit
- Umsetzung des Inklusionsprozesses. Aber nicht als Kürzungsprogramm
- Entwicklung von Qualitätskriterien für guten inklusiven Unterricht
- das Raumprogramm an den Kitas und Schulen wird sukzessiv an die Erfordernisse der Inklusion angepasst
- die Umwandlung in eine inklusive Schule wird ein Kriterium, das die Schule in der Prioritätenliste der Schulsanierung nach vorne rücken lässt.
- die aktive Öffnung aller Kitas und Schulen für Inklusion, auch der Gymnasien
- eine unverzügliche bedarfsge-rechte Personalplanung und Umsetzung pro Kita / Schule mit Doppelbesetzung für Klassen im inklusiven Unterricht

Klimagerechtigkeit und Naturschutz vor Ort erkämpfen

Die Zerstörung der Natur hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Die Auswirkungen von Umweltverschmutzung und des menschengemachten Klimawandels bedrohen uns alle. Fortschreitender Artenschwund, leer gefischte Meere und der dramatische Verlust von Tropenwäldern sind alarmierende Ausmaße des Raubbaus an der Natur. Einbrüche der Ernte durch extreme Dürren oder Naturkatastrophen im globalen Süden nehmen den Menschen in Entwicklungsländern ihre Zukunftsperspektiven. Die Notwendigkeit im kapitalistischen System, Profit und Wachstum zu schaffen, hat in eine globale ökologische Krise geführt und erzeugt weltweiten Protest für Klimagerechtigkeit und gegen Umweltzerstörung. Die Bevölkerung hat die Dringlichkeit erkannt, doch die Politik hinkt hinterher. Auch auf kommunaler Ebene reichen die bisher erreichten Ergebnisse zur Entlastung der Umwelt nicht aus. Wir fordern ein radikales Umdenken und konsequentes Handeln – global wie lokal. Klimaschutzpolitik ist ohne die aktive Beteiligung der Kommunen nicht möglich. Davon sind nahezu alle kommunalen Politikfelder betroffen. Von der Energieversorgung, über die Wirtschaftsförderung, den öffentlichen Personennahverkehr, das Grün- und Waldflächenmanagement, die Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzepten und der Einflussnahme auf die regionale Wirtschaftsstruktur. Um auf all diesen Politikfeldern zu agieren, braucht es eine übergreifende Zielsetzung.

Unsere Forderung ist es, Oberhausen zu einem Vorbild einer sozial-ökologischen Stadt zu machen. Die Kommunalpolitik muss dazu ihren gesamten Handlungsspielraum ausschöpfen.

Energiewende jetzt!

Appelle zur Energieberatung und CO2-Einsparung werden von Seiten der Politik immer gerne an Privathaushalte gerichtet, die Oberhausener Wirtschaft kommt hingegen immer glimpflich davon, wenn es um ihren Beitrag zum Klimaschutz geht. Diese muss in ein Klimaschutzprogramm für Oberhausen viel grundsätzlicher und ambitionierter einbezogen werden. Dies gilt für Unternehmen, auf welche die Stadt direkten Einfluss ausüben kann. Noch immer stammt ein Viertel des Stromes bei der Energieversorgung Oberhausen (EVO) aus der Kohle- und Atomkraft. Von der STEAG ganz zu schweigen, die noch immer einseitig auf Steinkohle ausgerichtet ist. Beides ist unvereinbar mit einem klimagerechten Oberhausen. Auch gibt es aktuell praktisch kaum öffentliche Dächer oder Unternehmensdächer mit Photovoltaik, die Strom ins Netz einspeisen.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in Oberhausen
- sofortiger Ausstieg der EVO aus der Atomenergienutzung
- vollständige Rekommunalisierung der EVO
- die EVO soll die Kohleverstromung beenden und bis zum Jahr 2030 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können
- Unterstützung von Bürger*innengossenschaften zur Erzeugung von erneuerbarer Energie
- Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Bürger*innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen
- Erarbeitung verbindlicher Handlungsziele für die CO2-Reduktion und den Ausbau regenerativer Energien, wie auch einen Maßnahmenkatalog dazu
- Aufstellung eines energetischen Sanierungsprogramms zur CO2-mindernden Sanierung für kommunale und private Gebäude
- Verkauf der Anteile an RWE und STEAG, deren Geschäftsfeld die Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger ist
- Die örtlichen CO2-Emissionen werden ermittelt und ihre Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese Aufgaben wird in der Verwaltung eine eigene Stelle mit ausreichenden Mitteln und personeller Ausstattung geschaffen
- Sanierung von Bestandsgebäuden hat Vorrang vor Neubaumaßnahmen
- neue städtische Gebäude werden nach hohen Effizienzstandards, mit einer Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach gebaut
- Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen sein

Für konsequenten Naturschutz

Für ein gesundes Stadtklima benötigen wir einen umfassenden Schutz des Bodens, des Grund-, Oberflächen- und Trinkwassers, des Klimas, der Biotop- und Artenvielfalt. Doch der Fokus auf Wirtschaftswachstum und Ausweisung von Neubausiedlungen steht diesen Zielen entgegen. Schon jetzt ist der Anteil an Grünflächen in Oberhausen zu gering. Statt neue Gewerbegebiete auszuweisen und Neubausiedlungen auf der noch „grünen Wiese“ zu genehmi-



gen, soll die Stadt mit einer ganzheitlichen Planung den Naturschutz und die Stadtentwicklung zusammendenken.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- Erhalt von Grün- und Brachflächen
- Beurteilung von Bauvorhaben nach ihren ökologischen Folgen für Klima und Natur mit dem Ziel des „Nullflächenverbrauchs“
- für neue Bauvorhaben sind bereits bebaute Flächen zu nutzen oder andere versiegelte Flächen zu entsiegeln
- generelle Vermeidung von Flächenversiegelung und Forcierung von Entsiegelung
- Grün- und Erholungsflächen aufwerten und ausweiten
- die Renaturierung der Gewässer größtmöglich zu unterstützen
- Enge Zusammenarbeit mit den lokalen Naturschutzverbänden
- Mitsprache der Naturschutzverbände in den Baumschutzkommissionen
- bei Neubauten von Wohnanlagen sind Grünflächen zur gemeinschaftlichen Nutzung, wie z.B. Gemeinschaftsgärten, -beete etc. zu schaffen
- Lebensräume für Wildtiere erhalten
- Keinen Ausbau des Autobahnkreuzes Oberhausen - Der Sterkrader Wald muss in seiner jetzigen Fläche geschützt werden!

Müllentsorgung in städtische Hände

Auch die Haus- und Gewerbemüllentsorgung und deren Verbrennung trägt zur Ressourcenverschwendung, Klimagefährdung und zum Anstieg gefährlicher Emissionen bei. Der beste Müll ist der, der erst gar nicht entsteht. Konsequenter Müll zu vermeiden, zu vermindern oder wiederzuverwerten, sowie eine aktive Mülltrennung an der Quelle, all das sind wesentliche Voraussetzungen, um aus der flächendeckenden und teuren Müllverbrennung auszusteigen und umweltschonende Verfahren anzuwenden. Eine ökologischere

Abfallwirtschaft ist allerdings nur möglich, wenn sie in öffentlicher Hand liegt.

Viele Kommunen und Menschen haben bereits erkannt, dass private Unternehmen nicht leistungsfähiger und preisgünstiger sind. Im Gegenteil, seit Jahren zahlen die Oberhausener*innen höhere Müllgebühren als in anderen Teilen von NRW. Profiteur am Geschäft „Müll“ ist in erster Linie der private Investor Remondis. Überkapazitäten bei der Müllverbrennung führen letztlich zu einem Mülltourismus nach Oberhausen, mit all seinen für die Umwelt schädlichen Auswirkungen.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- eine Politik, die Müllvermeidung und echtes Recycling in den Mittelpunkt stellt und mit einem entsprechenden Konzept in der Stadtverwaltung und stadteigenen Betrieben vorangeht
- Rekommunalisierung der Wirtschaftsbetriebe Oberhausen (WBO)
- die Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein (GMVA) ist auf die Rolle eines bedarfsorientierten Verwertungsbetriebes für die Region auszurichten
- stärkere Bemühungen hin zu einer plastikfreien Stadt



Jugend braucht Zukunft

Kinder und Jugendliche machen in Oberhausen einen Anteil von rund einem Viertel der Bevölkerung aus. Leider wurde und wird gerade für diesen Teil der Oberhausener Bevölkerung zu wenig getan und investiert. Jugendzentren sind unterfinanziert, öffentliche Freizeitangebote werden nach und nach abgebaut, entscheidende Bildungsangebote fehlen gänzlich. All diese Probleme sind der strikten kommunalen Sparpolitik geschuldet. DIE LINKE.LISTE steht für eine zukunftsfähige und bedarfsgerechte Kinder- und Jugendpolitik, die allen die gleichen Chancen für ihre Entwicklung bietet. Dem Oberhausener Nachwuchs muss es möglich gemacht werden selbstbestimmt über seine Gegenwart und Zukunft zu entscheiden. Daher fordert DIE LINKE.LISTE uneingeschränkte Teilhabe für Kinder und Jugendliche bei allen kommunalen Entscheidungen.

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, welche sie selbst gestalten können! Die Förderung selbstverwalteter Jugend- und Kulturzentren ist deshalb ein wichtiger Teil unserer Politik. Kinder und Jugendliche müssen selbstbestimmt über ihre Freizeitgestaltung entscheiden können. Dazu müssen alle Jugendzentren mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Außerdem muss es ihnen möglich sein, eigenständig über die Verwendung dieser Mittel zu bestimmen.

Kinder aus einkommensschwachen Familien müssen die gleichen Chancen in ihrer

Entwicklung haben, wie Kinder aus wohlhabenderen Familien. Die Hartz IV-Regelsätze reichen nicht aus, um die Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern. Kommunale Bildungs- und Freizeitangebote müssen deshalb kostenfrei verfügbar sein, um finanzielle Benachteiligungen auszugleichen. Außerdem muss ein kostenloses Mittagessen in den Schulen für alle Schüler*innen sichergestellt werden. Kinder und Jugendliche dürfen mit ihren Problemen nicht allein gelassen werden! Aus diesem Grund setzen wir uns für den Ausbau von Beratungsangeboten ein. Außerdem muss stärker über diese Angebote informiert werden.

Die Stadt Oberhausen muss Jugendliche auch bei dem Einstieg ins Arbeitsleben unterstützen. Dazu braucht es ausreichend städtische Ausbildungsplätze. Deshalb fordern wir eine verpflichtende zehnprozentige Ausbildungsquote für alle städtischen Betriebe. Des Weiteren sollten auch Praktikant*innen für ihre Arbeit entlohnt werden.

Umwelt- und Klimaschutz sind für DIE LINKE.LISTE auch ein wichtiger Baustein einer zukunftsfähigen Jugendpolitik. Deshalb legen wir viel Wert auf den Erhalt unserer Stadt und vor allem unseres Planeten. Sowohl Spielplätze, als auch Grünflächen müssen erhalten bleiben bzw. neu angelegt werden. Sie verbessern nicht nur das Stadtklima, sondern dienen auch als zwanglose Treffpunkte.



Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- eine zehnprozentige Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltung einschließlich einer Übernahmegarantie
- Vergütung von Praktika in städtischen Betrieben
- ein Förderprogramm mit nicht zweckgebundenen Geldern für Jugendzentren in benachteiligten Stadtteilen und von selbstverwalteten Jugendzentren
- ein Mitwirkungsrecht für Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung von Spielplätzen
- das Jugendparlament zu stärken und sie mit einem stimmberechtigten Sitz im Rat sowie in den Bezirksvertretungen auszustatten
- technische Ausstattung, Musikinstrumente und Proberäume für alle Jugendlichen zugänglich zu machen
- kostenfreien Eintritt für Kinder und Jugendliche für alle kommunalen Angebote
- Erweiterung von präventiven Angeboten, wie z.B. Beratungen für Kinder und Jugendliche und an allen Schulen deutlich sichtbar über die bestehenden Beratungsangebote zu informieren
- den Erhalt von Spielplätzen, Jugendzentren, Parks und Grünflächen als zwanglose Treffpunkte
- den Erhalt von Sportplätzen, -hallen, Schwimmbädern

Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen

Die Mehrheit der Oberhausener*innen wohnt in einer Mietwohnung. Wohnen stellt derzeit neben fehlenden Schul- und Kitaplätzen das soziale Hauptthema in Oberhausen dar. Der Wohnungsmarkt ist – wenn auch weniger stark wie in Berlin, München oder Köln – inzwischen auch bei uns angespannt und vor allem dadurch charakterisiert, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für einkommensarme Haushalte, stetig steigt. DIE LINKE.LISTE setzt sich vor allem dafür ein, dass es möglichst schnell

zu einen Neubau von dauerhaft belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen kommt. Hierbei soll Oberhausen solchen Wohnraum durch eigene Bautätigkeit schaffen. Zum anderen müssen Wohnungsbestände gesundheitsfördernd und ökologisch nachhaltig modernisiert werden, also Barrieren abgebaut, schadstofffreie Baumaterialien verwendet und Energieeinsparmaßnahmen durchgeführt werden. Diese Maßnahmen dürfen nicht zur Verdrängung von Mieter*innen führen.

Deshalb gehören eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu den unverzichtbaren Kernaufgaben der Gesellschaft. In den vergangenen Jahrzehnten wurden allerdings wesentliche Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche Wohnungsbestände privatisiert. Der soziale Wohnungsbau ist in weiten Teilen zum Erliegen gekommen. Kurz: Die Wohnraumversorgung wurde immer mehr dem Markt überlassen und dieser hat versagt.

Gleichzeitig verfallen Wohnungen, weil sich hier Instandhaltung und Modernisierung für die renditeorientierten Eigentümer nicht lohnen. Viele Wohnungen entsprechen nicht mehr heutigen Anforderungen an die Barrierefreiheit und Energieeffizienz. Das Europahaus in der Innenstadt ist ein Paradebeispiel

für diese Entwicklung. Dort unterhält auch DIE LINKE.LISTE seit vielen Jahren ihre Räumlichkeiten. Nachdem in den letzten Jahrzehnten mehrfach die Besitzverhältnisse wechselten, verfällt der große Gebäudekomplex zunehmend, während der Immobilienkonzern ZBI die Belange der Mieter*innen ignoriert. Gemeinsam mit zahlreichen Mieter*innen haben wir die „Mieter*innenversammlung Europahaus“ gegründet, um notwendige Reparaturen, Beseitigung von Mietmängeln, korrekte Nebenkostenabrechnungen und einen funktionierenden Hausmeisterservice durchzusetzen.

Bezahlbares Wohnen für alle!

In den Ballungsräumen Deutschlands versagen die Marktmechanismen, ausreichenden Wohnraum zu gewährleisten. Aus Sicht der LINKEN.LISTE muss die Stadt Oberhausen alles dafür tun, damit Wohnen für alle Oberhausener*innen bezahlbar bleibt. Die Gesamtmietbelastung in Oberhausen beträgt durchschnittlich 37 Prozent des Einkommens und ist damit anteilig höher als beispielsweise in München. Ein Grund dafür ist auch, dass sich die Zahl der gebundenen Sozialmietwohnungen in Oberhausen von 1990 bis 2013 spürbar reduziert hat. Während in Oberhausen 1990 noch knapp 30.000 gebundene Sozialmietwohnungen zur Verfügung standen, sind es aktuell weniger als 8.000 Wohnungen, Tendenz weiter sinkend. Mieterhöhungen bringen somit viele Menschen an ihre ökonomischen Grenzen. Wir sind dagegen, dass preiswerte Mietwohnungen durch Abriss, Umwandlung und Zweckentfremdung vernich-

Bezahlbare Miete

statt fetter Rendite

tet werden und dass Wohnungen aus spekulativen Gründen leer stehen. Eine sozial gerechte Nutzung des existierenden Wohnungsbestands ist ökologischer und nachhaltiger als zusätzliche Bodenversiegelung durch Neubau.

Die Möglichkeiten der Kommune, nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz NRW eine Satzung zur Vermeidung von Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum zu erlassen, muss endlich durchgesetzt werden. Hierzu haben wir in der letzten Wahlperiode bereits einen Antrag in den Rat der Stadt eingebracht.

Auch hohe Straßenausbaubeiträge gefährden das bezahlbare Wohnen, wenn Familien und Rentner*innen durch sie die Sorge tragen, ihr Eigentum zu verlieren. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, ohne die Kommunen finanziell schlechter zu stellen.



Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- bezahlbaren Wohnraum, damit Menschen nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettohaushaltseinkommens für Miete aufbringen müssen
- Vorrang für Geschosswohnungsbau vor Einfamilienhausbau bei der kommunalen Planung neuer Wohngebiete, da bei gleichem Planungsaufwand deutlich mehr Wohnungen entstehen und die öffentliche Infrastruktur effizient genutzt wird
- Maßnahmen gegen „stille Entmietungen“ durch den gezielten Verzicht auf Instandhaltung
- städtische Aufforderung an Eigentümer*innen, ihre leerstehenden Gebäude durch bauliche Maßnahmen vor dem Verfall zu retten
- die jährliche Anpassung der Kosten der Unterkunft an die reelle Wohnkostenentwicklung
- eine unabhängige, niedrigschwellige und kostenfreie Mieter*innenberatung, die durch die Stadt finanziert wird
- die konsequente Bekämpfung von spekulativem Leerstand durch geeignete Maßnahmen wie die Einführung eines Leerstandkatasters sowie Geldbußen für Eigentümer*innen, die Wohnungen länger als ein Jahr grundlos leer stehen lassen
- die schnelle Unterbringung von Geflüchteten in eigenem Wohnraum anstatt in Sammelunterkünften
- die Schaffung und Unterstützung von Mechanismen, die rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt verhindern
- Durchsetzung strikter Verbote von Zweckentfremdung
- Leerstehender Wohnraum wird in Gemeineigentum überführt, um daraus bezahlbaren und sozialen Wohnraum zu machen.
- Straßenausbaubeiträge abschaffen
- die Vergabe sämtlicher kommunale Grundstücke nach einem Konzeptverfahren in Erbbaupacht

**Für eine kommunale Wohnungsbaugenossenschaft**

DIE LINKE.LISTE unterstützt den Genossenschaftsgedanken. In vielen Städten zeigt sich, dass die Wohnungsgenossenschaften einen wesentlichen Anteil an der Bereitstellung von bezahlbaren und attraktiven Wohnungen leisten und

weit darüber hinaus Verantwortung für das Wohnumfeld wahrnehmen. Eine kommunale Wohnungsbaugenossenschaft könnte, mit ausreichenden Mitteln ausgestattet, die vorhandene Nachfrage bedienen, ausreichend Wohnraum schaffen und vor allem steigenden Mietpreisen durch private Vermieter*innen und Investor*innen einen Riegel vorschieben.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- Gründung einer kommunalen Oberhausener Wohnungsbaugenossenschaft
- Rekommunalisierung von Wohnraum privater Gesellschaften

Sozial gerecht für alle

In Deutschland sind die gesellschaftlichen Verhältnisse durch tiefe soziale Spaltungen gekennzeichnet. Die Ungleichheit bezüglich der Vermögensverteilung und der Einkommensverteilung nimmt zu. Nach den Angaben der Bundesregierung besitzen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Armut breitet sich aus, während sich der Reichtum bei wenigen konzentriert. So auch in Oberhausen, wo Armut längst tief in die Mitte der Gesellschaft gerückt ist.

Das Armutsrisiko in Oberhausen ist eines der höchsten in Deutschland: Ende 2018 registrierte die Stadtverwaltung insgesamt mehr als 31.000 Menschen, die von Armut betroffen waren, häufig trotz

Beschäftigung. Hohe Lebenshaltungskosten und das Schwinden von kostenlosen und günstigen Räumen zur Freizeitgestaltung und kulturellen Betätigung verschärfen die Problematik weiter und grenzen von Armut Betroffene von der sozialen Teilhabe am Stadtleben aus.

Kinder und Jugendliche, Menschen mit formal niedrigen Schulabschlüssen, Alleinerziehende, Rentner*innen, Migrant*innen und Frauen sind betroffen. 28 Prozent der unter 15-jährigen leben bei uns in Oberhausen in Armut. Auch hier machen sich also die Folgen der von SPD und Grünen geschaffenen Hartz-Gesetze bemerkbar. „Liberalisierung des Arbeitsmarktes“ und „dynamische Wirtschaft“ heißt vor allem eines: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer.

Der Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen, befristeten Verträgen, Leiharbeit oder anderen ungesicherten Arbeitsverhältnissen hält in Oberhausen an. Die Gängelungen des Hartz IV-Regimes durch ständigen Druck und Leistungskürzungen bekommen längst nicht mehr nur Erwerbslose zu spüren. DIE LINKE.LISTE steht für eine Wirtschaftspolitik, in welcher der erwirtschaftete Reichtum allen Menschen zu Gute kommt. Wir kämpfen für einen menschenwürdigen und stressfreien Arbeitsmarkt und eine Stadt, in der niemand unter die Armutsgrenze fällt.



Sichere Arbeitsplätze statt prekärer Beschäftigung

Ein gesicherter und gut entlohnter Arbeitsplatz gehört zum guten Leben dazu. Die Stadt Oberhausen als Arbeit-

geber hat hier eine Vorbildfunktion. Aber auch bei der Auftragsvergabe muss sie Kriterien entwickeln und sicherstellen, dass die beauftragten Unternehmen arbeits-, sozial-, und umweltrechtliche Standards einhalten.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- **kein weiterer Stellenabbau im öffentlichen Dienst**
- **strikte Einhaltung geltender Tarifverträge bei Stadt, städtischen Unternehmen und Subunternehmen**
- **städtische Aufträge nur an Unternehmen, die städtischen sozialen und ökologischen Kriterien entsprechen. Dazu gehören u.a. Tarifverträge, Angebot von Ausbildungsplätzen, Erfüllung der rechtlich festgelegten Schwerbehindertenquote, Existenz einer betrieblichen Interessenvertretung (z.B. Betriebsrat) und faire Lieferketten**
- **Bevorzugung von Unternehmen, die aktive Geschlechtergleichstellung betreiben und über Regelungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie antidiskriminierende Standards verfügen**
- **anonymisierte Bewerbungsverfahren in Stadt und städtischen Unternehmen, um Chancengleichheit zu gewähren**
- **keine Aufweichung der Ladenschlusszeiten und keine verkaufsoffenen Sonntage**
- **Verbesserung der personellen Ausstattung der städtischen Betriebe, Einrichtungen und Verwaltung (z.B. STOAG, Jobcenter) unter besonderer Berücksichtigung von Menschen mit Handicap**
- **dauerhafter Verzicht auf sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit und 1-Euro-Jobs bei städtischen Arbeitsplätzen. Stattdessen sind ausschließlich tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen, die aufstockende Hartz IV-Leistungen überflüssig machen**
- **unbefristete Übernahme aller Nachwuchskräfte bei der Stadt und ihren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften**

Öffentlichen Beschäftigungssektor aufbauen

Viele Menschen in Oberhausen sind aufgrund von Erwerbslosigkeit oder prekärer Arbeitsverhältnisse auf staatliche Unterstützung angewiesen, den Schikanen von Hartz IV ausgesetzt und

durch hohe Kosten für Sport-, Sozial- und Freizeitangebote von der gesellschaftlichen Teilnahme ausgeschlossen. Mit dem Ausbau von städtischen Qualifizierungsmaßnahmen und dem Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors wollen wir lebenswerte und abgesicherte Arbeitsplätze schaffen.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsverhältnissen
- Entwicklung von Inklusionskonzepten für die Integration von Menschen mit Einschränkungen in den ersten Arbeitsmarkt in enger Abstimmung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Armut bekämpfen Soziale Teilhabe ermöglichen

Armut ist ein Problem in Oberhausen. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Erwerbslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse oder Verschuldung. Wir wollen, dass alle Menschen in Oberhausen ein würdevolles

Leben führen können. Wir stehen für ein angst- und diskriminierungsfreies soziales Absicherungssystem, das allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Wir wollen die Wiedereingliederung in gute und existenzsichernde Arbeitsverhältnisse erleichtern.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- verstärkte Anstrengungen zur Integration von Langzeiterwerbslosen im öffentlichen Dienst und in Betrieben, an denen die Stadt beteiligt ist
- verstärkte Personalausstattung und Schulungen in Ämtern und Jobcentern für einen respektvollen Umgang mit Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind

- Abschaffung von Strom- und Gassperren, um Energiearmut zu bekämpfen
- Einführung eines Sozialtarifs für Menschen, die Transferleistungen beziehen, von Altersarmut betroffen sind oder eine Einkommenssituation haben, die unterhalb der relativen Einkommensarmut liegt
- Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) durch das Jobcenter Oberhausen, ist grundsätzlich am Mittelwert des Oberhausener Mietspiegels zu orientieren. Zur Vermeidung von „Zwangsumzügen“ sind zulässige vermierterseitige Mieterhöhungen grundsätzlich vom Jobcenter zu übernehmen
- Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ist zu bekämpfen
- bei vorübergehender Wohnungslosigkeit müssen in ausreichenden Umfang menschenwürdige und kostenlose Schlafgelegenheiten eingerichtet werden
- Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind
- Schaffung von zusätzlichen Streetworker Stellen, um wohnungslose Menschen zu den Ämtern zu begleiten
- Ausweitung des Oberhausen-Passes auf Personen, die von Altersarmut betroffen sind und eine Einkommenssituation haben, die unterhalb der relativen Einkommensarmut liegt
- Kostenfreiheit für alle Angebote des Oberhausen-Passes
- Verstärkung der Kooperationen mit Vertretungen aus Wohlfahrtspflege, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Bildungsträgern für Programme zur Armutsbekämpfung durch Arbeits-, Integrations- und Bildungsprogramme
- sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt
- Erhalt der Arbeitslosenzentren und dauerhafte Finanzierung
- Ombudsstellen für Hartz IV-Betroffene unabhängig von den Jobcentern

Gesundheit ist keine Ware

Ob im Krankenhaus, in der medizinischen Versorgung vor Ort, in der Geburtshilfe oder Altenpflege – ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Gesundheitssystem für alle sollte zur selbstverständlichen kommunalen Grundversorgung dazugehören.

Die öffentliche Gesundheitsversorgung sollte das individuelle Wohl der Patient*innen im Auge haben – ungeachtet von Einkommen, Alter, Herkunft oder Diagnose. Leider entfernt sich auch in Oberhausen die Gesundheitsversorgung immer weiter von diesem Anspruch. Immer mehr Bereiche der Grundversorgung werden privatisiert und öffentliche Krankenhäuser und andere Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen

einer profitorientierten Marktlogik unterworfen, wie zuletzt bei der Übernahme der Katholischen Kliniken durch die Ameos GmbH geschehen. Einsparungen und Leistungskürzungen auf Kosten der Patient*innen und der im Gesundheitsbereich Beschäftigten sind die Folge.

Der ökonomische Druck auf das Gesundheitssystem und Leistungsunterschiede für Privat- und Kassenpatient*innen führen zunehmend zu einer Zwei-Klassen-Medizin. Menschen mit geringem Einkommen und Bildungshintergrund werden zunehmend von der medizinischen Versorgung und Pflege ausgeschlossen.

Gesundheitsversorgung flächendeckend garantieren!

Für DIE LINKE.LISTE ist kommunale Gesundheitspolitik entscheidend, um den Gesundheitszustand der Bevölkerung auf Dauer zu sichern und zu fördern. Unser Ziel ist ein städtisches Gesundheitssystem, in dem die stationäre Versorgung mit ausreichend Personal ausgestattet und der bedarfsgerechte Zugang zu ambulanten medizinischen Angeboten in der Nähe des Wohnortes sichergestellt ist. Außerdem wird ein umfassendes Unterstützungsangebot für Menschen mit besonderen Gesundheitsrisiken in allen Stadtteilen benötigt. Das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss vor marktradikalen Eingriffen geschützt werden. Wir brauchen einen

öffentlichen Gesundheitsdienst, um das Recht auf Gesundheit für alle hier lebenden Menschen zu realisieren, die aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind. Wir benötigen daher eine engmaschige medizinische Versorgung und Pflege, damit sie für Bedürftige leicht erreichbar ist. Dazu braucht es den Ausbau eines dezentralen, wohnortnahen, inkludierten und umfassenden ambulanten Versorgungsnetzes für alle Bevölkerungsschichten. Ein

solcher Ausbau würde auch überfüllten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie langen Wartezeiten vorbeugen. Wir wollen eine stadtteilbezogene Gesundheitsplanung einrichten und die unterschiedlichen Versorgungsstrukturen in der Stadt angleichen. Das Gesundheitsamt ist für eine kommunale Gesundheitspolitik die unabdingbar notwendige Schaltstelle. Unser Gesundheitssystem ist Gemeinwohl und gehört in die kommunale Hand.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- **eine öffentliche Gesundheitsvorsorge vor Privatisierung**
- **eine demokratische wohnortnahe Gesundheits- und Krankenhausplanung, die sich am Versorgungsbedarf der Bevölkerung orientiert; Beschäftigte und Patient*innen sind zu beteiligen**
- **bedarfsgerechtere Verteilung der hausärztlichen Versorgung in den Stadtteilen**
- **Schaffung kommunaler Gesundheitszentren, die alle Fachrichtungen der ambulanten Medizin vollständig abdecken**
- **Privatisierung von Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen verhindern und bereits privatisierte Krankenhäuser rekommunalisieren**
- **mehr Personal in Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen**
- **Tarifverträge für alle im Krankenhausdienst Beschäftigte**
- **ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor u. a.) zurück in die Klinikbelegschaft integrieren**
- **Qualitätsverbesserung und Aufstockung der Ausbildungsplätze in allen Gesundheitsberufen**
- **barrierefreie Gestaltung von Arztpraxen, Krankenhäusern und Einrichtungen der Altenhilfe**



**Gegen Krankenhausschließung
und Entlassungen am KKO!**

Pflegenotstand stoppen!

Pflege ist Aufgabe der Gesellschaft und Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle und bedarfsgerechte pflegerische Versorgung. Diese muss gerecht finanziert und solidarisch organisiert sein. Leider macht sich die Ökonomisierung des Gesundheitswesens insbesondere in der Altenpflege bemerkbar. Immer häufiger kaufen sich Investor*innen in Einrichtungen ein und richten sie auf Profitschöpfung aus. Um eine qualitativ hochwertige und würdevolle Versorgung für ältere Menschen zu gewährleisten,

wollen wir die kommunale Versorgungsstruktur der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH ausbauen.

Für eine gute Pflege und medizinische Versorgung braucht es gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten und eine deutliche Personalaufstockung. Wir wollen Rahmenbedingungen für alle Beschäftigtengruppen schaffen, die gute Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensbedingungen ermöglichen. Eine Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen führt nicht nur zu zufriedenerem Personal, sondern damit auch zur Steigerung der Versorgungsqualität der Patient*innen.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- **Ausbau der städtischen Pflegestruktur**
- **städtische Personalvorgaben beim Pflegepersonal**
- **Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf**
- **Stationäre Pflegeeinrichtungen, für Jung und Alt, müssen wohnortnah, bezahlbar und auch mit dem ÖPNV gut erreichbar sein**
- **Ausbau der am Bedarf orientierten, ambulanten und stationären Palliativversorgung**
- **Qualitätsverbesserung in der stationären Altenpflege**
- **Entwicklung kultursensibler Pflegekonzepte**
- **persönliche Assistenz zur gesellschaftlichen Teilhabe und zu Freizeitmaßnahmen**
- **Rekommunalisierung bei Trägerwechsel eines Alten- und Pflegeheimes**
- **Durchsetzung der kommunalen Trägerschaft bei Neubauten**
- **Aufbau von kommunalen Pflegediensten**

Konsequent gegen Rechts: Erinnern & handeln!

DIE LINKE.LISTE steht für ein offenes und vielfältiges Oberhausen, in der die vielen verschiedenen Lebensweisen ihren gleichberechtigten Platz haben. Gegenseitiger Respekt und Akzeptanz sind hierfür unerlässlich. Wir wollen eine Stadt, in der sich alle Menschen wohl und sicher fühlen.

Handeln gegen Hetze!

Aus diesem Grund fordern wir ein konsequentes Handeln gegen nationalistische, rassistische, islamfeindliche und antisemitische Hetze sowie jede Form von Menschenfeindlichkeit. Rechte Kräfte wittern in diesen Tagen Morgenluft. Ihr Ziel ist es, die gesellschaftliche Stimmung weiter aufzuheizen und verschiedene soziale Gruppen gegeneinander

auszuspielen. Die Leidtragenden sollen Geflüchtete, Migrant*innen, Angehörige der LGBTQIA+ Community, Behinderte, Antifaschist*innen und all jene sein, deren Lebensweise nicht den kruden Vorstellungen der Rechten entspricht. Vielfach kommt es auch bei uns zu verbalen Anfeindungen oder physischen Angriffen. Dagegen setzen wir uns politisch zur Wehr. Unsere Alternative heißt Solidarität!

In den vergangenen Jahren kam es auch in Oberhausen zu Sachbeschädigungen, Hakenkreuz-Schmierereien und Aufmärschen verschiedener Neonazi-Splitterparteien. Von ihnen geht eine nicht zu unterschätzende Gefährlichkeit aus, auch wenn sie politisch und personell derzeit marginal sind.



Eine größere Gefahr für die Stadtgesellschaft ist die sog. „Alternative für Deutschland“ (AfD), die versucht, sich als reguläre Partei darzustellen und zu etablieren. Doch bei genauerem Hinsehen entpuppen sich die Parolen als eindeutige Propaganda von Rechtsaußen. Die AfD ist keine normale Partei, sondern spielt mit den Ängsten vieler Menschen, um die Gesellschaft zu spalten und soziale Errungenschaften rückgängig zu machen. Geflüchtete und Migrant*innen sollen völlig faktenfrei für soziale Missstände wie Armut oder Erwerbslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Deswegen ist es notwendig, dass alle antifaschistischen Kräfte sich zusammenschließen und dieser Partei auf allen Ebenen die Stirn bieten!

Alle zusammen gegen Rechts

Um Kräfte zu bündeln, wurde in Oberhausen das Antifaschistische Bündnis – Runder Tisch gegründet. DIE LINKE.LISTE war Gründungsmitglied dieses Vernetzungstreffens. Hier findet Austausch der wichtigsten politischen Akteur*innen statt und es werden Aktivitäten für Zivilcourage und gegen rechte Aufmärsche entwickelt.

Protest und ziviler Ungehorsam

Als DIE LINKE.LISTE sehen wir uns in der Pflicht, immer dann auf die Straße zu gehen, wenn rechte Organisationen ihre Propaganda verbreiten wollen. Mit Gegenprotesten zeigen wir, dass eine Mehrheit diesen Auftritten unversöhnlich gegenübersteht. Neben Demonstrationen zählen wir auch auf zivilen Ungehorsam

wie zum Beispiel Sitzblockaden, um dem braunen Spuk aktiv ein Ende zu bereiten.

Keine kommunalpolitische Zusammenarbeit mit Rechten

Für uns als DIE LINKE.LISTE ist klar, dass es unter keinen Umständen eine Zusammenarbeit mit Rechten geben kann, sollten diese im nächsten Stadtrat vertreten sein. Jedem Versuch der Rechten, gegen andere Menschen vorzugehen oder ihre soziale Situation zu verschlechtern, würden wir geschlossen entgegentreten und fordern dies auch von den anderen Ratsfraktionen.

Erinnerungskultur als antifaschistische Bildung

Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen Rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeug*innen immer weniger werden, müssen Orte des Erinnerns und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen geschaffen und erhalten werden. Als DIE LINKE.LISTE beteiligen wir uns an der Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ für die Opfer des Faschismus und unterstützen Projekte und Forschung über die lokale Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen. Die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen, Jugendorganisationen, Volkshochschulen, Kinder- und Jugendräten und anderen sind uns ein besonderes Anliegen. Ebenso treten wir für die Finanzierung von Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen und anderen öffentlichen Gebäuden ein.

Oberhausen für alle: Unabhängig von Pass oder Herkunft

Obwohl sie in Oberhausen leben und arbeiten, Steuern zahlen und ihren Beitrag zur Stadtkultur leisten, sind Menschen ohne deutschen oder EU-Pass von der kommunalen Mitbestimmung ausgeschlossen.

interkulturelle Öffnung der Stadt, die Möglichkeit der politischen Mitentscheidung für alle Oberhausener*innen ausbauen und die Repräsentanz von Migrant*innen in der städtischen Verwaltung erhöhen.

Sprachliche und kulturelle Barrieren oder mangelnde Erfahrung und Wissen über Behördenabläufe stellen Hürden bei der Inanspruchnahme städtischer Angebote und Dienstleistungen dar. Wir wollen die

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- **Wahlrecht für alle, die in Oberhausen ihren Lebensmittelpunkt haben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft**
- **gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe für alle Oberhausener*innen - unabhängig von Pass und Nationalität**
- **Einrichtung eines kommunalen Einbürgerungsbüros mit geschultem Personal, das Menschen bei der Bewältigung der formalen Anforderungen für die Einbürgerung unterstützt**
- **Ausweitung des mehrsprachigen Informationsangebotes und der interkulturellen Schulung von Mitarbeiter*innen bei allen städtischen Behörden**
- **Schulungen aller Verwaltungsmitarbeiter*innen zu allen Formen des Rassismus**
- **Rassistische Diskriminierung im Alltag, durch Behörden, im Berufsleben sowie in der Schule muss offen benannt und täglich bekämpft werden**
- **Stopp der Fahndung nach rassistischen Kriterien (Racial Profiling) und diskriminierenden Kontrollen**

Oberhausen als „Sicherer Hafen“

Krieg und politische Verfolgung, strukturelle Armut und menschenunwürdige Lebensumstände zwingen Menschen tagtäglich dazu, ihre Herkunftsländer zu verlassen. Die immer weiter fortschreitende Abschottung der Festung Europa, aber auch innereuropäische Migrationsbeschränkungen erschweren nicht nur die Einreise, sondern schließen die Betroffenen auch von der gesellschaftlichen Teilhabe und elementaren Grundversorgung aus. Viele der Ankommenden sind nicht nur durch lange und gefährliche Fluchtwege, sondern auch durch das deutsche und europäische Asyl- und Grenzregime traumatisiert, leben in prekären Umständen oder in der Illegalität. Oberhausen muss als Stadt alles dafür tun, sich der deutschen und europäischen Abschottungspolitik entgegenzustellen und einen „Sicheren Hafen“ für Migrant*innen zu bieten. Viele Städte und Kommunen in Europa und weltweit gehen hier mit gutem Beispiel voran. Doch es bedarf mehr als symbolischer Handlungen: Humanitäre Hilfe vor Ort muss Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe genauso einschließen, wie eine speziell auf die Bedürfnisse von Geflüchteten ausgerichtete psychosoziale Betreuung. Im Zentrum des städtischen Hilfsangebotes muss dabei die Selbstbestimmung der Betroffenen stehen. Wir halten dabei am Grundsatz der Integration vom ersten Tag an fest und wollen sie konsequent auf alle Bereiche, wie z.B. die Familienhilfe, anwenden.

**Deshalb fordert
DIE LINKE.LISTE:**

- **Wahlrecht für alle, die in Oberhausen ihren Lebensmittelpunkt haben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft**
- **gleichberechtigte politische und gesellschaftliche Teilhabe für alle Oberhausener*innen - unabhängig von Pass und Nationalität**
- **Einrichtung eines kommunalen Einbürgerungsbüros mit geschultem Personal, das Menschen bei der Bewältigung der formalen Anforderungen für die Einbürgerung unterstützt**
- **Ausweitung des mehrsprachigen Informationsangebotes und der interkulturellen Schulung von Mitarbeiter*innen bei allen städtischen Behörden**
- **Schulungen aller Verwaltungsmitarbeiter*innen zu allen Formen des Rassismus**
- **Rassistische Diskriminierung im Alltag, durch Behörden, im Berufsleben sowie in der Schule muss offen benannt und täglich bekämpft werden**
- **Stopp der Fahndung nach rassistischen Kriterien (Racial Profiling) und diskriminierenden Kontrollen**

**Mobilität:
Für eine sozial-ökologische Verkehrswende**

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen in Oberhausen ein Verkehrskonzept, in dem sich alle preisgünstig, schnell, sicher und ohne Hürden und Zugangsbeschränkungen bewegen können. Wege und Verkehrsmittel müssen dabei effizient, leicht erreichbar und barrierefrei gestaltet sein. Sie dürfen nicht auf Kosten des öffentlichen Raums und der Umwelt gehen. Wir stehen für eine radikale verkehrspolitische Wende, in welcher der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), das Fahrrad und der Fußgänger*innenverkehr das Auto als wichtigstes Verkehrsmittel in der Stadt ersetzen. Eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs führt zur Eindämmung der Schadstoffbelastung für Mensch und Umwelt, erhöht die Verkehrssicherheit, befreit für Straßen und Parkplätze genutzte Flächen zu Gunsten der Stadtgesellschaft und beendet den alltäglichen Verkehrskollaps auf den Oberhausener Straßen, vor allem zu Stoßzeiten.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Attraktivität des ÖPNV erhöhen, das Nahverkehrsnetz energieeffizient und kostengünstig ausbauen und das bestehende Straßennetz schrittweise zugunsten von Rad, Fußgänger*innenverkehr und öffentlich nutzbarem Raum umwandeln.

Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr

Um den ÖPNV zu einer echten Alternative

zur PKW-Nutzung im Alltag zu machen, muss er so gestaltet werden, dass es keinen Anreiz mehr gibt, mit dem eigenen Auto zu fahren. Ein vergrößertes Streckennetz mit gleichzeitig höheren Taktfrequenzen sind die notwendigen

**Deshalb fordert
DIE LINKE.LISTE:**

- **Öffentlicher Nahverkehr gehört vollständig zurück in die öffentliche Hand: Keine Fremdvergaben an Subunternehmen**
- **einen steuerfinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV**
- **einen flächendeckenden Auf- und Ausbau des ÖPNV-Netzes, das Wohnviertel und Stadtteilzentren untereinander verbindet**
- **Erhöhung des Platzangebotes in öffentlichen Verkehrsmitteln**
- **kürzere Taktfolgen auch abends und nachts**
- **eine Verdichtung des Nachtliniennetzes**
- **Bus- und Bahnspuren sowie Ampelanlagen, die auf den ÖPNV abgestimmt sind**

grundsätzlichen Verbesserungen. Dabei wollen wir die bestehende Zentrierung des Verkehrsnetzes auf das Centro durch dezentrale Verbindungen zwischen Wohngebieten und Stadtteilzentren ergänzen. Ein flächendeckendes dezentrales ÖPNV-Netz würde nicht nur das Verkehrsaufkommen im Innenstadtbereich entlasten,

sondern durch kürzere Verbindungswege auch die Attraktivität und Lebensqualität in den Randbezirken erhöhen.

Für eine autofreie Stadt

Die Infrastruktur des individuellen Autoverkehrs wird nicht nur zugunsten

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- **autofreie Innen- und Stadtteilzentren**
- **bestehende Fußgänger*innenzonen erweitern**
- **sofortiger Ausbau der Fahrradinfrastruktur mit leichter Kombinierbarkeit von ÖPNV und Fahrrad**
- **gekennzeichnete und von allen Verkehrsteilnehmer*innen bei allen Sichtverhältnissen eindeutig erkennbare, sichere und gut befahrbare sowie vernetzte Radwege**
- **Ertüchtigung bestehender maroder Fahrradwege (z.B. auf der Duisburger Straße)**
- **Asphaltierung vorhandener Trassen wie Erzbahntrasse und HOAG-Trasse**
- **Fahrradabstellanlagen an allen öffentlichen Gebäuden sowie Einkaufszentren und den Innenstadtbereichen; Abstellanlagen / Boxen in Wohnvierteln**
- **Radwege müssen sauber sowie verkehrssicher gehalten und beleuchtet werden. Im Winter fordern wir einen täglichen Räumdienst**
- **Bauliche Trennung vorhandener Radwege vom motorisierten Verkehr**
- **4-spurige Straßen auf zwei Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr reduzieren**
- **dem Fahrradverkehr angepasste grüne Welle auf allen innerstädtischen Straßen**



des ÖPNV verändert. Gleichzeitig brauchen wir ein umfassend dichtes Fuß- und Radwegenetz, auf dem Menschen jeden Alters komfortabel, sicher und barrierefrei unterwegs sein können. Das Fahrrad ist nicht nur das umweltfreundlichste, sondern häufig auch schnellste und praktischste Fortbewegungsmittel, wird aber durch den PKW-Verkehr ausgebremst. Die tägliche Blechlawine nimmt Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen nicht nur Platz zur Bewegungsfreiheit, sondern bedroht auch ihre Gesundheit und Verkehrssicherheit. Kinder, ältere Menschen und Menschen mit körperlichen Einschränkungen sind betroffen. Wir wollen den Autoverkehr in der Stadt zugunsten von Fußgänger*innen und Fahrrad zurückdrängen. Damit schaffen wir nicht nur alternative Verkehrswege, sondern auch öffentlich nutzbare Flächen für die Allgemeinheit und einen Zuwachs von Lebensqualität in Wohnvierteln und Stadtteilzentren. Daher muss auch der barrierefreie Zugang zum öffentlichen Raum mit in die Planungen einbezogen werden.

Für einen emissionsfreien Verkehr

Benzin trägt darüber hinaus global zur Ressourcenverknappung bei und heizt globale Ressourcenkonflikte an.

Ganz ohne Autoverkehr geht es nicht. Rettungsfahrzeuge, Taxi, PKW für Menschen mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen, Lieferverkehr, usw. werden weiter Straßen benötigen. Wir wollen aber die größtmögliche Reduktion umwelt- und gesundheitsschädigender Emissionen durch den Straßenverkehr. Die bestehenden Grenzwerte für Treibstoffemissionen müssen eingehalten werden.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- **flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 innerhalb des Stadtgebietes**
- **verstärktes Angebot an Park & Ride - und Bike & Ride-Plätzen an den Bahnhöfen und Hauptverkehrsadern**
- **Umstellung der STOAG - Busflotte, des städtischen Fuhrparks und privater Dienstleister (z.B. Taxis, CarSharing) auf Elektromobilität.**
- **Neu- und Ausbau von Straßen nur in Ausnahmefällen (z.B. zur Entlastung bestehender Wohnsiedlungen)**

Kunst und Kultur für uns Bürger*innen

„Kultur für alle“ bleibt unser Anliegen und ist ein wichtiger Teil unseres sozialen Engagements in Oberhausen. Angesichts zunehmender sozialer Ausgrenzung und einer wachsenden Zahl von Menschen, die in Armut leben, wird die Forderung nach uneingeschränkter kultureller Teilhabe immer wichtiger. Der freie Zugang zu Informationen und Wissen, sowie die Möglichkeit mit Medien und Künsten umzugehen, ist eine Grundbedingung einer Wissensgesellschaft.

In Oberhausen gibt es eine bunte Mischung aus freier Kultur, Museen, Theater und den Kurzfilmtagen. Dies gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Denn die Zukunftsaufgaben der Gesellschaft stellen auch Kunst und Kultur, von der sogenannten „Hochkultur“ bis zum kleinen Kulturhaus vor Ort, vor neue

Herausforderungen. Wir lehnen es ab, Kunst und Kultur unter einen ökonomischen Legitimationsdruck zu setzen. Wir stehen für eine ausreichende öffentliche Förderung und eine langfristige Sicherung für die Gesamtheit der kulturellen und künstlerischen Bereiche.

Kunst kann und soll einen Beitrag zur Verständigung unterschiedlicher Kulturen leisten. Deshalb wollen wir eine stärkere Einbeziehung der Künstler*innen aus allen Nationen, die in unserer Mitte leben und einen verstärkten Austausch im kulturellen Bereich mit unseren Partnerstädten.

Kulturelle Einrichtungen und Initiativen sind damit nicht nur Kulturanbieter, sondern auch Lernorte für Demokratie und Dialog, für die Entfaltung von Kreativität und sozialer Kompetenz. Um dem Anspruch gerecht werden zu können, benötigen die kulturellen Einrichtungen dringend mehr Personal für die pädagogische Arbeit. Die Kapazitäten für die kulturpädagogische Arbeit sind deutlich zu erhöhen.

Das reichhaltige, kulturelle Angebot lebt in Oberhausen vom Engagement der Akteur*innen vor Ort. Wir wollen Kulturförderung so ausbauen, dass Künstler*innen auch von ihrer Arbeit leben können. Dies muss Bestandteil von Kulturförderungskriterien werden. Wir bekennen uns klar zur Freiheit der Kunst und der Kulturproduktion.



Soziokultur erhalten und ausbauen!

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- Kultur muss zur Pflichtaufgabe einer Kommune werden
- Erhalt und Ausbau soziokultureller Zentren und lokaler Kulturinitiativen
- gezielte Förderung antirassistischer, interkultureller Angebote mit dem Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt auszuprägen
- Förderung der Inklusion beim Zugang und in der Ausübung von Kunst und Kultur
- kostenlose Nutzung der Bibliotheken
- mehr Personal an Schulen für den Kunstunterricht
- dezentrale Kulturangebote in Stadtteilzentren für Menschen aller Altersstufen

Selbstbestimmung und Teilhabe für eine inklusive Gesellschaft

Seit 2009 gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.

Jeder Mensch mit einer Beeinträchtigung soll demgemäß entscheiden können, wie und wo er arbeitet, wie und wo er

wohnt oder welche Schule er besucht. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind für diese Menschen so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit Behinderungen gewährleistet ist.

Es gibt viele soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische Gestaltungsmöglichkeiten sowie soziale Teilhabe einschränken oder verhindern. Nur wenn auch diese Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. Deswegen fordert DIE LINKE.LISTE, allen Menschen die gleichberechtigte Teilnahme zu ermöglichen, wie es die im Grundgesetz verankerte UN-Behindertenkonvention verlangt. Doch genau diese Umsetzung wird auch in Oberhausen mit dem Hinweis auf zu hohen Kosten blockiert. Ein grundsätzliches Umdenken in unserer Gesellschaft muss stattfinden! Wir sagen: Menschenrechte sind nicht verhandelbar!

Barrierefreiheit jetzt!

Barrierefreiheit umfasst alle Bereiche des Lebens und ist daher immer die Grundvoraussetzung für ein gleichberechtigtes Leben aller Menschen. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. Barrieren sind vielfältig und ein ständiges Ärgernis. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen

mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senior*innen, Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen.

Mit barrierefreier Sprache z. B. können alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z. B. ihre Rente beantragen. Es reicht aber nicht aus, öffentliche Gebäude lediglich mit einer behindertengerechten Toilette und einer

Treppenrampe auszustatten, wirkliche Barrierefreiheit bedeutet mehr.

DIE LINKE.LISTE kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- Weiterentwicklung des kommunalen Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der Selbsthilfegruppen und -organisationen
- systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen
- der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen
- Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen
- flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum
- Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe
- verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung Barrierefreiheit
- Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit
- Erstellung eines Stadtplanes für barrierefreie Einrichtungen
- eine barrierefreie und transparente Verwaltung - vom Formular über die Webseite bis zum Gebäude



Inklusion



aber richtig!

Inklusion bei Bildung, Arbeit und Wohnen ermöglichen

Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen nach und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie

Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem Ersten Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört auch ein neuer Blick auf

Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche Leistung. Um dies zu erreichen, muss noch viel getan werden. Leider finden nach wie vor Menschen mit Behinderung außerhalb der Werkstätten nur selten einen Arbeitsplatz. Noch immer stellt die klassische Wohnform für Menschen mit Behinderung das Wohnheim dar, wo ein selbstbestimmtes Leben kaum möglich ist. In Oberhausen fehlen finanzierbare, barrierefreie

Wohnungen. Es fehlt Wohnraum, der für Wohngemeinschaften geeignet ist und in dem ein solidarisches Wohnen und Leben von Menschen mit und ohne Behinderung verwirklicht werden kann. Auch beim Ausbau der Inklusion in Kitas und Schulen gibt bei der räumlichen sowie der Sach- und Personalausstattung viel Nachholbedarf. Das Recht auf gemeinsames Lernen aller Schüler*innen wird so bis heute noch nicht konsequent umgesetzt.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- eine*n Jobkoordinator*in als überbetriebliche*n Ansprechpartner*in
- Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch das Jobcenter
- die Ansiedlung und Schaffung von Betrieben, in denen Menschen mit und ohne Beeinträchtigung (Inklusionsbetriebe) gemeinsam arbeiten
- Vergabe von städtischen Aufträgen an anerkannte Inklusionsbetriebe/ Werkstätten
- Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung
- preiswerter und barrierefreier Wohnraum für alle
- „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus.
- Förderung von Wohnprojekten wie dem „Mehrgenerationen Wohnen“
- Förderung der Inklusion in Kitas, Schulen und Erwachsenenbildung durch bessere Sach- und Personalausstattung
- Stadtbibliotheken barrierefrei ausbauen und erhalten sowie bedarfsgerecht mit barrierefreien Medien ausstatten, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher Sprache, Brailleschrift
- Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und kulturellen Einrichtungen

Sport ist Lebensqualität

Die Hälfte aller Oberhausener*innen ist sportlich aktiv, davon ist ein Drittel als Mitglied in Oberhausens Sportvereinen organisiert. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der Bevölkerung hat. Sportvereine übernehmen wichtige soziale Aufgaben für unsere Stadt. Sie führen Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heran, sie sind Orte der sozialen Integration und bringen Menschen zusammen. Zeitgleich organisieren sich immer mehr Sporttreibende selbst: Sie joggen, schwimmen, fahren Fahrrad, betreiben Fitnesstraining und vieles andere mehr. Beides stellt hohe Anforderungen an den organisierten und individuellen Sport. DIE LINKE.LISTE versteht sich als Interessenvertreter*in sowohl des Breiten- und Freizeitsports – egal ob selbstorganisiert oder im Verein – als auch des Leistungs- und Spitzensports.

Sport und Bewegung dienen der Erhaltung und Festigung der Gesundheit, Sport ist Bestandteil gesellschaftlicher und individueller Lebensqualität. Sport und Bewegung dienen nicht nur der Verbesserung der Gesundheit, der systematischen Prävention und Förderung gesundheitsbezogener Lebensstile, sondern durch ihn werden auch wesentliche gesellschaftliche und individuelle Werte erlernt. Sport bedeutet daher auch die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sport verbindet zudem unterschiedliche Generationen, Menschen unterschiedli-

cher sozialer und ethnischer Herkunft, unterschiedlichen Geschlechts und Menschen mit und ohne Behinderungen. Sport fördert soziale Integration und wirkt Gewaltbereitschaft, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen.

Gegen die gravierenden Kürzungen im Sportbereich

Es ist fatal, dass die Stadt Oberhausen unter dem Druck des Spardiktats in den letzten Jahren drastische Kürzungen im Sportbereich vornahm, was gravierende Auswirkungen für die skizzierten Funktionen von Sport nach sich zog. Unter dem Deckmantel des Sportentwicklungsplans wurden Sportplätze geschlossen und Vereine zusammengelegt, so dass ein „normaler“ Spiel- und Sportbetrieb kaum mehr wahrgenommen werden kann. Letztes Beispiel für die verfehlte Sportpolitik war die Schließung des Sportplatzes am John-Lennon-Platz. Nicht nur die Sportvereine verloren ihren traditionellen Spielort, sondern auch die vielen Kinder und Jugendlichen, die den Platz in ihrer Freizeit für eine Vielzahl sportlicher und spielerischer Aktivitäten nutzen. Bereits zuvor führte das Bäderkonzept in Oberhausen dazu, dass das Hallenbad Osterfeld, das Hallenbad Ost und das Freibad Alsbachtal geschlossen wurden. Dafür wurde ein großes Spaßbad am CentroO. errichtet, was von Privaten betrieben wird und sich als Touristenattraktion versteht. Auf der Strecke bleiben die Schwimmver-

eine und die privaten Schwimmer*innen, die sich die wenigen Bahnen und knapp bemessenen Wasserzeiten teilen müssen. Auch kann von sozialverträglichen Eintrittspreisen inzwischen nicht mehr die Rede sein. Des Weiteren wurden zwei Lehrschwimmbecken geschlossen, so dass Schulen es immer schwieriger haben, Lehrschwimmzeiten in den Bädern zu erhalten und immer weitere Wege zurücklegen müssen. Nach wie vor unklar ist, ob das Solbad im Revierpark Vonderort wiederhergerichtet wird, was wir ausdrücklich fordern, da es das einzige seiner Art in Oberhausen ist und von vielen Menschen zur Gesundheitsförderung genutzt wird.

Sport für alle möglich machen!

Oberste Priorität genießt für uns deshalb die Ertüchtigung und der Ausbau von Sportstätten in Oberhausen hin zu einer leistungsfähigen Sportinfrastruktur, deren Herzstück die gemeinnützigen und vor allem ehrenamtlich tätigen Sportvereine sind. Kommunale Sportpolitik

muss zum Ziel haben, sowohl Räume für den vereinsungebundenen Freizeitsport bereitzustellen und instand zu halten, als auch die Vereine bei der Schaffung und dem Erhalt der Infrastruktur zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Sportangebot in Zukunft noch stärker mit den Bedürfnissen einer alternden, multikulturellen und zunehmend gesundheitsorientierten Gesellschaft in Einklang gebracht wird und sich die Sportangebote in eine sozialraumorientierte Stadtpolitik einordnen. Dazu gehört auch die Sicherung ihrer bezahlbaren Nutzung sowohl durch gemeinnützige Sportvereine, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, als auch durch einzelne Bürger*innen als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. So werden wir darauf hinwirken, dass Freizeit- und Breitensportangebote in Wohnortnähe zur Verfügung stehen. Sport für alle muss machbar sein, nur so kann er Spaß machen und die Lebensqualität positiv beeinflussen. Es ist unser Ziel, das Sporttreiben für alle, die es wünschen, zu gewährleisten.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- die Zurverfügungstellung der notwendigen finanziellen Mittel aus dem städtischen Haushalt für die Sportvereine, damit sie als organisatorische Basis den Freizeit- und Breitensport in Oberhausen organisieren und kontinuierlich sichern können
- Sanierung und Ertüchtigung von Oberhausens Sportanlagen
- ein weiteres Freibad für Oberhausen, um die Defizite in Schwimmzeiten und Schwimmflächen auszugleichen
- Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Lehrschwimmbecken

- den Erhalt des Revierparks Vonderort in seiner jetzigen Form bestehend aus Schwimmbad, Solbad und Grünflächen unter modernisierten Bedingungen
- bezahlbare Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen und Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten
- die entgeltfreie Nutzung der Sportstätten und Schwimmbäder durch Schulen und gemeinnützige Sportvereine zu sichern und den freien Trägern sozialverträgliche Lösungen anzubieten
- Neubau und Ertüchtigung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen Raum, wie wohnortnahe Bolzplätze, Skateboard-, Boulder- und Bike-Anlagen sowie Trimm-dich-Pfade und Spiel(platz)angeboten
- altersgerechte Sportangebote und Mehrgenerationenplätze
- beleuchtete und kilometrierte Laufstrecken in allen drei Stadtbezirken
- transparente kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne und Förderrichtlinien für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. dem Sportbund erarbeitet werden
- Rückkehr zu Hallen- und Platzwart*innen auf den Oberhausener Sportanlagen durch Schaffung von festen Stellen
- die besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern, Jugendlichen, Migrant*innen und einkommensschwachen Menschen
- den Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind und eine vielfältige und flexible Nutzung ermöglichen
- die Förderung der Teilnahme von allen an sportlicher Betätigung: Sport kann und muss einen Beitrag zur Inklusion leisten
- die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport
- die Förderung und gemeinsame Weiterentwicklung des „Fanprojekts Oberhausen“ mit Fans, Fangruppen und Fanclubs als Anlaufstelle und Beratung bei Problemen in Schule und Beruf sowie zur Prävention von Gewalt im Umfeld vom Fußball

Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Die wachsende Armut in diesem Land trifft besonders Frauen. Oberhausen ist in diesem Punkt ein Spiegelbild der gesamtdeutschen Realität. Viele Frauen arbeiten in Jobs mit niedrigen Löhnen oder sind häufiger in unfreiwilliger Teilzeit. Besonders zu kämpfen haben Alleinerziehende, sie haben das größte Armutsrisiko in Deutschland.

Die Ursachen liegen unter anderem darin, dass unbezahlte gesellschaftliche Arbeit (Erziehung, Pflege von Angehörigen, Haushalt) nach wie vor hauptsächlich Frauen zugeschrieben und von ihnen übernommen wird. Eine weitere Ursache ist die ungerechte Bezahlung von gesellschaftlich wichtiger Arbeit, die besonders oft Frauen leisten, wie die Kranken- und Altenpflege oder Kindererziehung. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ist unverändert signifikant und beträgt derzeit 21 Prozent. Daraus folgt die große Gefahr der Altersarmut, von der Frauen im Ruhestand besonders häufig betroffen sind.

Frauen sitzen darüber hinaus weniger in den Chefetagen, wo es mehr Menschen mit den Namen Thomas oder Michael als Frauen insgesamt gibt. So auch in innerhalb der Oberhausener Stadtverwaltung. Je höher die Tarifgruppe desto weniger sind Frauen beschäftigt. Teilzeit ist Frauendomäne, Vollzeit ist Männerdomäne. Deshalb fordern wir einen Förderplan für die Beschäftigten der Stadtverwaltung, der die vorhandenen

Geschlechterungerechtigkeiten berücksichtigt und perspektivisch beseitigt.

In den Führungsebenen der Stadtverwaltung und kommunalen Beteiligungen sucht man Frauen häufig vergebens. Geschlechtergerechtigkeit spielt oft nur eine untergeordnete Rolle in politischen Gremien, u.a. weil zu wenig kommunale Mandatsträger*innen Frauen sind und weil sich Männer bislang zu wenig zuständig fühlen. Wir streiten für echte Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit.

DIE LINKE.LISTE kämpft für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen – egal welchen Geschlechts – und eine tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Lebensbereichen. Daher fördern wir die breite Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans-, intergeschlechtlichen Menschen und Queers (LSBTIQ*). Wir brechen mit den traditionellen Normen von Frau und Mann und fordern die Gleichberechtigung aller Lebensweisen und der geschlechtlichen Vielfalt, frei von jeglicher Diskriminierung. Die Anerkennung, Akzeptanz und Unterstützung vielfältiger Formen des familiären Zusammenlebens und sozialen Miteinanders und der Kampf für die Rechte aller Betroffenen sind für uns selbstverständlich.

Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe und muss in allen Bereichen kommunaler Entscheidungen mitgedacht werden.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
- Beratung und Förderung unabhängig des Geschlechts zur Inanspruchnahme von Elternzeit und Wiedereinstieg in den Beruf
- besondere Förderung von Projekten gegen Sexismus und Homophobie
- Coming-out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung von sexueller Vielfalt und Selbstbestimmung
- sichere Räume und Beratungsangebote für LGBTIQ+
- wirksamer Schutz vor sexuell motivierter Gewalt wie ein flächendeckendes ÖPNV-Nachtnetz und Notrufeinrichtungen
- Erhalt und Ausbau des Oberhausener Frauenhauses als Zufluchtsort für Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen sind
- den weiteren Ausbau von spezialisierten Frauenberatungsstellen
- Umsetzung von Gleichstellung in der Stadtverwaltung
- eine kommunale Verwaltung, die in allen Bereichen ein Vorbild für existenzsichernde und abgesicherte Arbeitsplätze für Frauen und Männer darstellt. Dazu gehören anonymisierte quотиerte Bewerbungsverfahren, die Diskriminierung jeglicher Art zu vermeiden helfen
- Eine Ausrichtung der Gleichstellungsstelle als Anlaufstelle mit Kultur-, Förder- und Beratungsangeboten für alle Geschlechtsidentitäten. Benachteiligung lässt sich nur vermeiden, wenn man alle Menschen für ihre Ursachen sensibilisiert

Eine digitale Stadt für alle

Die fortschreitende Digitalisierung geht auch an Oberhausen nicht vorbei. Ob in der öffentlichen Infrastruktur, Verwaltung, Politik, Arbeit oder Freizeit – digitale Vernetzung und Informationsflüsse sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Die Digitalisierung bietet neue Möglichkeiten zur direktdemokratischen Beteiligung im kommunalen Leben. Diese wollen wir auch für Oberhausen nutzen, um die Kommunikation zwischen Verwaltung und Einwohner*innen zu verbessern, die Beteiligung an Entscheidungen auf neue Füße zu stellen und ein neues Maß an Transparenz zu erreichen. Gleichzeitig werden in einer digitalisierten Gesellschaft massenhaft Daten gesammelt, verarbeitet und verwertet. Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität sind ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Wir wollen sicherstellen, dass alle Daten, die durch die Kommune oder von ihr beauftragten Unternehmen erhoben werden, nicht an Dritte weitergegeben werden.

Daher wollen wir eine Digitalisierungsstrategie für Oberhausen auf den Weg bringen, die Transparenz fördert, Datenschutz und IT-Sicherheit gewährleistet, eigene Kompetenzen aufbaut und die örtliche Entwicklung von schnellem Internet und Glasfaser sicherstellt.

Auf- und Ausbau von digitaler Infrastruktur

Wir unterstützen den Ausbau digitaler

Infrastruktur, um für Haushalte und Gewerbe flächendeckend schnelles Internet zu ermöglichen. Dabei wollen wir den digitalen Ausbau nicht wirtschaftlichen Interessen überlassen, sondern bewusst und nachhaltig zum Nutzen der Einzelnen und der Allgemeinheit gestalten. Beim Ausbau ist darauf zu achten, dass diese Infrastruktur sicher ist und zu erschwinglichen Preisen auf dem aktuellen Stand der Technik für jede* gehalten wird. Die digitale Stadt für alle muss von allen Menschen genutzt werden können, dies ist Voraussetzung für soziale, demokratische und ökonomische Teilhabe in der

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- schnelles Internet für alle - Ausbau für ein flächendeckendes Breitbandnetz
- kostenlose WLAN-Netze im öffentlichen Raum, auch durch Unterstützung des freien Bürger*innennetzwerkes „Freifunk“
- für freies WLAN in den Bussen der STOAG, sowie in und um allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen
- Anschaffung moderner Lehr- und Lernmittel in allen Schulen

digitalen Gesellschaft. Ohne Zugang zum Internet und digitalen Diensten droht vielen Menschen die soziale Ausgrenzung. Die Verbindung zum Internet und zu den digitalen Angeboten ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, ähnlich wie Elektrizität und fließendes Wasser.

Dazu müssen auch Schulen, Jugendzentren und Bildungseinrichtungen schnellstmöglich an Breitbandnetze angeschlossen und mit digitalen Lehrmitteln und Endgeräten ausgestattet werden. Zur Wartung muss entsprechendes Personal zur Verfügung stehen.

Digitale Verwaltung

Ob ein Pass beantragt wird, Ampelschaltungen aufeinander abgestimmt sind, ein Arzt eine online-Sprechstunde macht oder die Pflegekraft automatisch informiert wird, wenn das Licht zu lange nicht mehr angeschaltet wurde – die Digitalisierung kann unser Leben vereinfachen und uns in Fragen von Gesundheit, Bildung, Wohnen, Verwaltung, Verkehr und Energiewirtschaft unterstützen, auch vor Ort.

So kann die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen für Einwohner*innen

und Unternehmen Entlastung bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Leicht zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards deutlich ausgebaut werden. Um zu erfahren, was möglich ist und an welchen Stellen Potentiale schlummern, wollen wir das Thema auf kommunaler Ebene verankern, Expert*innenrunden einberufen und beispielsweise einem Ausschuss die Digitalisierung als dauerhafte Aufgabe zuteilen.

Freie Software stellt eine echte Alternative zum Monopol der großen IT-Konzerne dar. Um niemanden von der technologischen Entwicklung auszuschließen, ist die Bereitstellung von alternativen Angeboten in den Bürger*innenbüros ebenso unabdingbar wie ein verstärktes zugangsfreies kommunales Schulungsangebot zu digitalen Themen.

Wir wollen die Zukunft nicht verschlafen, deshalb fordern wir eine kommunale Digitalisierungsstrategie.

Datenschutz

Wir streben Datensouveränität und Datenhoheit an, in der die Einwohner*innen ihre eigenen Daten kontrollieren. Einwohner*innen sollen selbst frei entscheiden dürfen, welche Daten sie der Stadt unter welchen Bedingungen übermitteln wollen. Erhobene Daten müssen sicher und anonym verwaltet werden. Wir sprechen uns aus Datenschutzgründen auch gegen Forderungen nach zunehmender Videoüberwachung an öffentlichen Orten aus.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- **Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie für die Stadt Oberhausen mit dem Ziel einer digitalen Stadt, welche die Lebensumstände der Menschen verbessert und niemanden zurücklässt**
- **die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge möglichst unkompliziert und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können**
- **gleichzeitiger Ausbau der personellen Ausstattung von Bürger*innenbüros**
- **Ausbau von E-Government und die Etablierung von ökologisch sinnvollen, papierarmen Büroumgebungen in der Stadtverwaltung**
- **Umstellung der Verwaltung auf OpenSource-Software und Verwendung offener Dateiformate**
- **eine umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle**
- **Die Digitalisierung darf nicht zum Stellenabbau führen**
- **kostenloses Schulungsangebot im Bereich Digitalisierung für alle**

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- **Erarbeitung einer kommunalen Datenschutzrichtlinie**
- **umfassenden Datenschutz und Datenhoheit für alle Einwohner*innen über ihre Daten**
- **Stopp einer zunehmenden Videoüberwachung an öffentlichen Orten**
- **Errichtung von Schutzmaßnahmen gegen mögliche Hacker-Angriffe und Datendiebstahl**



Frieden beginnt vor unserer Tür

**„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“
Willy Brandt**

Mit der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft gefährdet die Bundesregierung den Frieden und verschwendet riesige Ressourcen. Steigende Ausgaben für Rüstung, Auslandseinsätze der Bundeswehr und die schleichende Aggression gegen Russland verschlingen Unsummen, die in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen so dringend gebraucht werden. Wir fordern Umverteilung der Mittel für friedliche Zwecke

im Sinne der ganzen Gesellschaft. Wir verstehen uns als Teil der internationalen Friedensbewegung und suchen die Zusammenarbeit mit zahlreichen Initiativen. So beteiligen wir uns an der jährlichen Gedenkaktion für die Opfer der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki. Gemeinsam mit zahlreichen kurdischen und türkischen Verbänden haben wir gegen die völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze der türkischen Armee in Nordsyrien/Rojava demonstriert und die Kampagne von medico internationale für den Bau eines Krankenhauses durch Spenden unterstützt.



Wir brauchen eine Kommune, die aktiv Position für den Frieden bezieht und sich in bundesweite politische Debatten einmischt. Ein positives Beispiel ist der Ratsbeschluss von 1983, in dem sich Oberhausen zur atomwaffenfreien Zone erklärt hat. Daran anknüpfend richtete

der Rat unserer Stadt im November 2018 auf Initiative der LINKEN.LISTE den Appell an die Bundesregierung, sich gegenüber den USA für die Einhaltung der INF Friedensverträge mit Russland einzusetzen, um eine erneute nukleare Aufrüstungsspirale wie in den 80er Jahren zu verhindern.

Deshalb fordert DIE LINKE.LISTE:

- Förderung von Friedensbildung in Kitas, Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung
- keine Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Rüstungskonzerne
- keine Rekrutierung der Bundeswehr an Schulen, Jobcentern und Ausbildungsmessen, Verweigerung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr
- keine Werbung der Bundeswehr an Fahrzeugen der STOAG
- Offenlegung der Anforderungen des Bundesverteidigungsministeriums an die Kommune
- Umbenennung von Straßen, die immer noch nach Kriegsverbrechern benannt sind oder Krieg verherrlichen (z.B. Langemarkstraße)
- Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und -organisationen
- keine administrative Unterstützung bei militärischen Manövern wie z.B. „Defender2020“
- Unterstützung von Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen
- kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und Klimafolgen betroffen sind unter Beteiligung von Migrant*innen

Solidarisch aus der Corona-Krise: Menschen vor Profite

Forderungen zur Corona-Krise und deren politische Konsequenzen*

Noch immer bestimmt die Corona-Krise das Leben aller weltweit und voraussichtlich wird dies noch für Monate andauern.* Jedoch sind nicht alle Menschen gleich betroffen, ökonomische und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und Diskriminierung verdeutlichen sich und werden weiter verstärkt. Gleichzeitig wird klar, dass die neoliberalen Staaten nicht in der Lage sind, die Krise zu bewältigen – die Gesundheitssysteme drohen überlastet zu werden und das öffentliche Leben lag für viele Wochen komplett lahm. Die Aufforderung „zu Hause zu bleiben“, ist für Menschen ohne Wohnung schlichtweg nicht machbar gewesen. Die Zustände in

den Geflüchtetenlagern sind katastrophal – kein Wunder, dass sich auch in einer Unterkunft in Oberhausen das Virus verbreiten konnte. Und während viele über Ausgangssperren diskutierten, wurde in den Werkshallen einfach weitergearbeitet. In der Corona-Krise offenbart sich eine Krise des Systems. Es ist Zeit, alte Fragen noch einmal zu stellen und neu zu beantworten. Es ist gerade jetzt dringender denn je, für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der Menschen vor Profiten stehen. Wir können nicht wissen, wie die Welt nach Corona aussehen wird, aber eines ist klar: DIE LINKE war und ist eine Partei der Solidarität. Wir lassen niemanden zurück!

** Dieser Text ist auf dem
Stand vom 11.05.2020*



Gesundheit für alle

Die Corona-Krise ist eine gesamtgesellschaftliche Krise. Ihre Folgen zeigen sich jedoch besonders im Gesundheitswesen.

- **Schutz für die Krisen-Helfer*innen! Ausstattung mit Schutzkleidung und regelmäßige Testung des gesamten Personals in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen**
- **Klatschen reicht nicht! Pflegeberufe jetzt durch allgemeinverbindlich geltende Tarifverträge, deutlich bessere Bezahlung und verbesserte Arbeitsbedingungen nachhaltig aufwerten. Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung. Ausbildungsinitiative und Angebot zur sofortigen Wiedereinstellung aller ehemaligen Pflegekräfte. Außerdem Sofortprämie für alle Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen und in den Krankenhäusern**
- **Krankenhäuser sind keine Fabriken! Alle Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegedienste und Reha-Einrichtungen in öffentliche Hand. Sofortige Abschaffung der Fallpauschalen und Finanzierung gemäß Bedarf. Für Oberhausen heißt das: Erhalt aller Klinikstandorte und Überführung der dortigen Wirtschaftsbereiche in öffentliche Trägerschaft**
- **Gesundheit ist keine Ware! Pharmakonzerne in öffentliches Eigentum. Keine Patente auf Impfstoffe und Medikamente**
- **Der Markt wird es nicht regeln! Übernahme aller notwendigen Betriebe unter die Kontrolle von Staat, Belegschaften und Gewerkschaften und die Umstellung der Produktion auf zur Bekämpfung des Virus erforderliche Produkte**

Sozialer Schutzschirm für alle

Die Corona-Krise ist nicht nur eine gesundheitliche Krise, sondern betrifft alle Teile unserer Gesellschaft

- **Menschenwürdiges Leben, auch in der Krise! Aussetzen aller Jobcenter-Sanktionen, soziale Mindestsicherung von 1200 Euro. Unterbringung aller Wohnungslosen in leerstehenden Wohnungen und Hotels, im Zweifel durch Beschlagnahmung. Versorgung von nicht-sozialversicherten Prostituierten**

- **Arbeit nicht auf Kosten der Gesundheit! Sofortiges Einstellen aller nicht-versorgungsrelevanten Arbeiten und Dienstleistungen, bei voller Gehaltsfortzahlung. Umfassende Gesundheitsschutzmaßnahmen für Arbeitende in allen systemrelevanten Berufen**
- **Keine Existenzgefährdung durch die Krise! Umfangreicher Soli-Fonds für alle Freiberufler*innen, Honorarkräfte und Kleinbetriebe**
- **Solidarität mit Geflüchteten! Sofortige Evakuierung der Lager in Griechenland und Aufnahme der Menschen in Deutschland. Auflösung aller Sammelunterkünfte und menschenwürdige Unterbringung. Wir haben Platz!**
- **Sichere Orte für Alle! Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe. Sofortiger Ausbau der Kapazitäten von Frauenhäusern und, wenn nötig, Bereitstellung von Wohnungen als Zwischenlösung**
- **Lernmöglichkeiten für Alle! Für Schüler*innen aus ärmeren Familien gute Lernbedingungen und digitale Ausstattung bereitstellen. Abschlussprüfungen verschieben, sodass der Gesundheitsschutz und eine ausreichende Vorbereitungszeit gewährleistet sind**
- **Mundschutz ist kein Maulkorb! Kein Ausnutzen der Ausnahmesituation zur ungerechtfertigten Einschränkung demokratischer Rechte. Kein Verbot von Streiks und Protesten, keine Zensur, keine automatische Weitergabe von Bewegungsdaten.**
- **Die Reichen sollen zahlen! Kein Abwälzen der Krisenlasten auf die Beschäftigten und die Masse der Steuerzahler*innen. Einmalige, stark progressive Vermögensabgabe auf alle Vermögen von über einer Million Euro zur Bewältigung der Krise**

#ZukunftErkämpfen Eine Stadt für alle!

Liebe Oberhausener*innen,

vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben, unser Wahlprogramm zu lesen. Sie sind eine*r von etwa 210.000 Menschen, die derzeit in Oberhausen leben. Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und sozialer Lage, unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebensentwürfen. Uns eint, dass Oberhausen für uns der Ort ist, in dem wir alle leben und arbeiten, unsere Freizeit verbringen und unsere sozialen Beziehungen pflegen. Wir alle sollten ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können – in unserer Unterschiedlichkeit und unabhängig von der sozialen Situation, in der wir uns befinden.

Wie Sie spätestens nach der Lektüre unseres Wahlprogramms wissen, schaut die Realität leider anders aus: Oberhausen ist eine hochverschuldete Stadt, in der die hier lebenden Menschen die Leidtragenden einer verfehlten Steuer- und Finanzpolitik der regierenden Parteien in Bund und Land sind. Und so wurden unter dem Deckmantel des „Sparens“ die Freiräume für ein selbstbestimmtes Leben immer knapper: Ob Kunst, Kultur, soziales Miteinander oder Freizeitgestaltung – auf allem klebt in Oberhausen ein Preisschild, aus allem wird versucht noch ein paar Euro für den enormen Schuldenberg raus zu quetschen. Die meisten Oberhausener*innen leben heute für die Arbeit, anstatt für ein gutes Leben zu arbeiten. Prekäre Arbeitsverhältnisse und

körperliche und psychische Erkrankungen aufgrund der Arbeitssituation wachsen. Am härtesten trifft die um sich greifende Kürzungspolitik jene Menschen in ökonomischen Schwierigkeiten und diejenigen, die ohnehin schon gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt sind. Längst werden städtische Unternehmen wie die STOAG oder OGM auf „Wirtschaftlichkeit“ ausgerichtet – auf Kosten der kommunalen Infrastruktur und öffentlichen Grundversorgung, aber auch der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Diese Zustände sind Folge einer seit Jahrzehnten verfolgten verfehlten Stadt- und Bundespolitik. Die Stadtspitze versucht Oberhausen als Wirtschaftsstandort auszubauen, soziale und ökologische Aspekte bleiben dabei häufig auf der Strecke.

Wir setzen uns für eine grundsätzliche Wende in dieser Politik ein. Es geht um nicht mehr als die Gretchenfrage „Wem gehört die Stadt?“. Die Stadt muss allen Menschen zugutekommen, aber auch die Umwelt schützen, die Herausforderungen des Klimawandels anpacken, die Artenvielfalt und die Reinhaltung von Luft und Wasser sicherstellen und den Flächenverbrauch stoppen. Eine breite Mehrheit der Oberhausener*innen erkennt dies als dringliche Aufgabe der Politik an.

Wir nehmen die Herausforderungen an und werden diese sozial und ökologisch gestalten und uns nicht von

Markt und Kapital treiben lassen.
Denn: Die Stadt gehört uns allen!

Wir wollen eine Stadt für alle! Im Stadtrat wie auf der Straße wird sich DIE LINKE. LISTE für diesen dringend benötigten Wechsel in der Stadtpolitik einsetzen. Denn wir wollen nicht hinter den Rathaus Türen über die Köpfe der Stadtbe-

wohner*innen entscheiden, sondern mit Ihnen gemeinsam die politische Wende in Oberhausen herbeiführen. Im Stadtrat werden wir den Dialog auf Augenhöhe mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Bürger*inneninitiativen fortsetzen, ihre Akteure und Anliegen in die Stadtratsarbeit einbinden und ihre Forderungen ins Rathaus tragen.

**Unsere Stadt ist für alle Menschen da,
nicht für den Profit einiger weniger.**

Holen wir uns die Stadt zurück!

**Dauerhafter
Lockdown
für Nazis**

DIE LINKE.
Kreisverband Oberhausen

DIE LINKE.

Kreisverband Oberhausen

Elsässer Straße 19
46045 Oberhausen

Mail: info@dielinke-oberhausen.de
Web: www.dielinke-oberhausen.de
Tel.: 0208 / 88 42 20



[/linkeliste.oberhausen](#)



[@linkeliste_ob](#)